Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 25 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 582. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 12. December 1867.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 11. December.

14. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministertische Frhr. v. d. Heyt mit mehreren Commissarien, später Graf Bismarck und Graf zu Eulenburg.

Ein Antrag der Abgg. **Twesten** und **Lasker** auf Abänderung der bestehenden Geschäftsordnung für die Behandlung von Gesetz-Entwürfen im Hause u. s. w. wird der Commission für die Geschäfts-Ordnung überwiesen. Ein anderer Antrag (der Name des Antragstellers war nicht zu verstehen), betreffend die Aufhebung des Verbotes der Wiedertrauung gerichtlich Geschiedener, soll durch Schlußberathung erledigt werden. (Referenten Twesten und v. Lingenthal.)

Abg. Dr. **Braun** (Wiesbaden) berichtet für die Budget-Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die **Regelung des Etats- und Rechnungswesens in den neu erworbenen Landestheilen** mit Ausschluß Frankfurts für 1867. Die Vorschläge der Commission weichen von der Vorlage darin ab, daß in § 1 („der Rechnungslegung über den Staatshaushalt in den durch die Gesetze vom 20. September und 24. December 1866 mit der Monarchie vereinigten Landestheilen mit Ausschluß des Gebiets der vormals freien Stadt Frankfurt **sind für das Jahr 1867** die Finanz-Etats zum Grunde zu legen, welche durch die Verordnungen vom 10. Januar 1867 ꝛc. festgestellt sind") „**sind auch für den Zeitraum vom 1. October bis 31. December 1867** u. s. w." gesagt werden soll.

§ 2 lautet in der Fassung der Commission, welcher die Regierung zustimmt: **Die Prüfung und Dechargirung der Rechnungen** über den Staatshaushalt in den im § 1 genannten Landestheilen erfolgt für das Jahr 1867, unbeschadet der verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung, rücksichtlich der Entlastung wegen der Rechnungen für den Zeitraum vom 1. October bis 31. December 1867, durch die Behörden und in den Formen, welche durch die Verordnung vom 31. August 1867, betreffend das Rechnungswesen in den neuen Landestheilen (G.-S. S. 1442) bestimmt sind.

§ 3. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Abg. **Miquel** beantragt den § 2 so zu fassen: „Die Prüfung und Feststellung der Rechnungen erfolgt durch die Behörden und in den Formen, welche durch die Verordnung vom 31. August 1867, betr. das Rechnungswesen in den neuen Landestheilen bestimmt sind. Es sind die Rechnungen jedoch dem Landtage zur Entlastung vorzulegen."

Ref. Abg. Dr. **Braun**: In dem Budget für 1867 sind die neuen Provinzen noch nicht mit eingeschlossen, weil die Verfassung dort erst am 1. October d. J. eingeführt wurde. Es mußten deshalb anderweit budgetmäßige Normen aufgestellt werden, und ist dies für alle jene Landestheile, mit Ausnahme von Frankfurt a. M., wo noch Verhandlungen über die Trennung der Staats- und Stadtverwaltung schweben, durch verschiedene königliche Verordnungen geschehen. Dazu war die Regierung für die Zeit vom 1. Januar bis 1. October berechtigt, aber für die Zeit vom 1. October ab ist für die Etats-Feststellung die Mitwirkung der Landesvertretung erforderlich. Es erschien nun nicht zweckmäßig aus diesem Grunde das Jahr in 2 Etats-Perioden, die eine die drei ersten Quartale, die zweite das letzte Quartal umfassend, zu zerlegen, da viele Etats-Positionen ihrer Natur nach eine solche Theilung gar nicht zulassen. Die Etats sind deshalb für das ganze Jahr 1867 aufgestellt, und es ist durch die königlichen Verordnungen für die Zeit vom 1. October bis 31. December d. J. die nachträgliche Zustimmung des Landtags vorbehalten worden. Der § 1 des Gesetzes sucht diese Zustimmung nach, der § 2 regelt die Revision und Dechargirung der Rechnungen für 1867. Vom 1. Januar 1868 ab wird der allgemeine Staatshaushalts-Etat die neuen Provinzen mit umfassen, und die Prüfung der Rechnungen alsdann der Befugniß der Oberrechnungs-Kammer zustehen.

Ueberwiegende Gründe der Zweckmäßigkeit sprechen dafür, diese Behörde jetzt noch nicht mit dieser Function zu betrauen, sondern dies den durch königl. Verordnung vom 31. August eingesetzten besonderen Rechnungs-Commissionen zu überlassen, da diese mit allen dabei in Betracht kommenden Verhältnissen schon genau vertraut sind. Auf diese Weise würden am besten die Verhältnisse der neuen Landestheile aus der Uebergangsperiode in die geordneten Staatsverhältnisse des preußischen Staates übergeführt werden. — Die Budgetcommission hat in den §§ 1 und 2 nur einige formelle Aenderungen vorgeschlagen, die den Zweck haben, es auch formell außer allen Zweifel zu setzen, daß vom 1. October d. J. an sämmtliche Vorschriften der preußischen Verfassung auch in Betreff des Budgets und des Rechnungswesens in den neuen Landestheilen maßgebend sind. Ich bitte Sie, die Commissionsvorschläge anzunehmen.

Die Generaldiscussion wird eröffnet.

Finanzminister **v. d. Heydt**: Es dürfte wohl zur Abkürzung der Verhandlungen beitragen, wenn ich von vornherein das Einverständniß der Regierung mit allen Amendements der Commission erkläre. Ich muß mich jedoch **gegen** das Amendement Miquel erklären, weil dasselbe die Verhältnisse durchaus unberücksichtigt läßt, die bis zum 1. October d. J. in den neuen Landestheilen thatsächlich und gesetzlich bestanden haben.

Abg. **Miquel** empfiehlt sein Amendement. Die Commission war bemüht, die Verfassungs-Bestimmungen über die Entlastung der Rechnungen durch ihre Amendements zu wahren. Es ist dies jedoch nicht vollständig gelungen; dazu kommt noch, daß der von der Commission gewählte Ausweg praktisch unzweckmäßig ist und zu keinem Resultate führt. Die Commission will für die Zeit vom 1. October bis ult. December 1867 eine **besondere** Entlastung der Rechnungen durch das Abgeordnetenhaus haben; dies ist aber unmöglich, da die Rechnungen für das ganze Jahr einheitlich aufgestellt sind, und die Ausgaben und Einnahmen auf Grund des Jahresbudgets gemacht sind. Mein Amendement soll deshalb dem Abgeordnetenhause die Entlastung der Rechnungen für den **ganzen** Zeitraum wahren; nur so ist eine sorgfältige und wirkliche Prüfung möglich. Es soll dadurch keineswegs in Abrede gestellt werden, daß die Regierung das Recht gehabt hat, bis zum 1. October für die Führung und Entlastung der Rechnung einen abweichenden Modus aufzustellen; der von mir vorgeschlagene Weg ist aber der einzige, auf dem für das Abgeordnetenhaus das ihm vom 1. October an zustehende verfassungsmäßige Recht gewahrt und der Uebergang in gesetzlicher Weise angebahnt werden kann.

Abg. **Grumbrecht**: Das Amendement Miquel trage den vom 1. Januar bis 1. October in den neuen Landestheilen bestandenen rechtlichen Verhältnissen nicht genügend Rechnung.

Ref. Abg. **Braun** (Wiesbaden) tritt gleichfalls dem Amendement Miquel entgegen; dasselbe bleibe in seiner praktischen Wirkung meilenweit hinter seinem theoretischen Zwecke zurück.

Es folgt die Spezialdiscussion. § 1 der Commissionsvorlage wird **ohne Debatte angenommen.**

Zu § 2 empfiehlt Abgeordneter **Miquel** nochmals sein Amendement.

Abgeordneter **Runge**: Artikel 104 der Verfassung bestimmt, daß die Rechnungen über den Staatshaushalts-Etat von der Ober-Rechnungskammer festgestellt werden sollen. Von dieser Bestimmung will die Regierungsvorlage sowohl, wie der Commissionsvorschlag und das Amendement Miquel eine Abweichung machen; über den Gesetzentwurf ist daher zweimal abzustimmen. Ich will jedoch keinen Antrag stellen, da ich die praktische Nothwendigkeit der Ausnahmemaßregel einsehe, und voraussetze, daß ein solcher Ausnahme-Fall, daß Landestheile mit der preußischen Monarchie vereinigt werden, ohne zu gleicher Zeit die Verfassung dort einzuführen, nicht wieder vorkommt. Ich glaubte jedoch darauf aufmerksam machen zu müssen, um nicht durch mein Stillschweigen der Consequenz Raum zu geben, daß künftig von der Verfassung im Wege der einfachen Gesetzgebung abgewichen werden könne.

Ref. Abg. Dr. **Braun**: Die überwiegende Mehrheit der Commission war anderer Meinung. Das Gesetz bestimmt nur die Modalität, unter welcher die Verfassungsbestimmungen über das Budget auch in den neuen Landestheilen zur Anwendung kommen sollen.

Das Amendement Miquel wird darauf **abgelehnt**; dafür nur die Fortschrittspartei und ein Theil der Nationalliberalen; der Commissionsantrag und darauf das ganze Gesetz sodann mit **großer Majorität angenommen**.

Es folgt die **Schlußberathung über den unterm 18. Juli 1867 mit Waldeck abgeschlossenen Vertrage wegen Uebertragung der Verwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont an Preußen.** Der Referent Abg. Dr. v. **Bunsen** beantragt: 1) dem vorbezeichneten mit Waldeck abgeschlossenen Vertrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen, 2) zugleich aber der königlichen Staatsregierung gegenüber die Erwartung auszusprechen, sie werde die vollständige Vereinigung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont mit Preußen auf Grund des Art. 2 der Verfassung bald herbeizuführen wissen.

Ein Amendement des Abg. **Bassenge** faßt den Schluß der Nr. 2 so: „im Einverständnisse mit der Landesvertretung dieser Fürstenthümer bald herbeizuführen".

Referent Abg. Dr. **Bunsen** führt aus, daß durch diesen Vertrag eine staatsrechtliche Mißgeburt geschaffen sei, ein Zustand, der sich auf die Dauer politisch und finanziell nicht werde aufrecht erhalten lassen. Als Uebergangs-Stadium zur vollständigen Einverleibung lägen gegen den Vertrag keine wesentlichen Bedenken vor.

Minister-Präsident Graf **Bismarck**: Die vorliegende Convention ist das Ergebniß der Collisionen zwischen den Einrichtungen des norddeutschen Bundes und denjenigen, welche sich in den deutschen Kleinstaaten vermöge einer krankhaften Entwickelung der Souveränetät, wie sie sich im Laufe der Jahrhunderte ausgebildet hat, entwickelt haben. Indem diese Kleinstaaten darauf Bedacht nahmen, aus ihren eigenen Mitteln und in sich selbst abgeschlossen alle diejenigen Bedürfnisse befriedigen zu wollen, die nur eine ausgedehnte Staatseinrichtung befriedigt bis in die höheren Instanzen hinein, kamen sie mit ihren finanziellen Kräften an und für sich ins Gedränge, wenn sie nicht von denjenigen Staatsleistungen, die ihnen nach Recht und Billigkeit oblagen, Abzüge machten, um die Auswüchse, darf ich wohl sagen, zu deren Ertragung jene Länder nicht groß genug waren, bezahlen zu können. Es war die Folge davon, daß die Einrichtungen der Landesvertheidigung in den Hintergrund traten und daß die Bureaukratie der kleinen Länder eine unverhältnißmäßige Entwicklung nahm. Wir haben das gesehen in Ländern von ähnlicher Größe, ich erinnere an das mir näher bekannte Lauenburg und andere Ihnen vielleicht näher bekannte Staaten vierter Größe, wo wir Gerichte zweiter Instanz, Verwaltungseinrichtungen zweiter Instanz und im Ganzen einen Apparat der Verwaltung haben, den man nur eine überladende und das ganze Gebäude drückende Kuppel nennen kann. In dem bisherigen deutschen Bunde war diese Einrichtung dadurch möglich, daß die Kleinstaaten in Bezug auf die Landesvertheidigung auf die preußische resp. die österreichische Armee sich verließen. Nachdem nun die Einrichtungen des norddeutschen Bundes von jedem Einzelnen innerhalb seiner Grenzen vorweg die volle Leistung für die Landesvertheidigung und die anderen Staatszwecke forderten, kamen sie um so mehr ins Gedränge zwischen diesen Anforderungen und ihren eigenen Mitteln, als ihre Steuerkraft nicht den Durchschnitt der größeren Staaten erreicht, vielleicht allein Braunschweig ausgenommen, während die übrigen Staaten, denen die Centren des Handels und Verkehrs fehlen, weit dahinter zurückbleiben.

Es sind vergleichsweise nur arme ackerbauende Bevölkerungen, und selbst da, wo sie wohlhabender sind, fehlt doch das reichere Element bis zum Millionär ihnen gänzlich, die Einkommensteuer würde einen verhältnißmäßigen Durchschnitt im Resultate nicht ergeben. Es kam nun darauf an, diesem Uebelstande in irgend einer Weise Abhilfe zu verschaffen. Das radikalste und nächstliegende wäre allerdings die Einverleibung gewesen, wobei ich gleich bemerke, daß eine andere Vertheilung der Lasten doch faktisch und praktisch dadurch nicht bewirkt worden wäre; die durchschnittlich arme Bevölkerung von Waldeck würde mehr nicht zu zahlen gehabt haben und die wohlhabendere Durchschnitts-Bevölkerung Preußens würde das Fehlende immer haben zulegen müssen. Man würde es nur nicht so deutlich merken und in der Buchführung ersichtlich finden. Es fragt sich nun, warum wir diesen Weg der Einverleibung unsererseits nicht vorgezogen haben. Der Herr Referent hat die Bedenken, die derselben entgegenstanden, schon berührt, hat sie aber nicht für durchschlagend gehalten. Ich erinnere daran, daß bei der Einführung der norddeutschen Bundesverfassung in der That sich überall die Besorgniß fühlbar machte, die Kleinstaaten würden überhaupt die Lasten, die ihnen der norddeutsche Bund auferlegt, nicht tragen können, es wäre das ein mittelbarer Weg zu ihrer Mediatisirung und es läge das auch in der Absicht der preußischen Regierung. Um diesem Vorurtheil, um der Besorgniß zu begegnen, die sich aus diesem Fundament auch derjenigen Staaten und Souveräne bemächtigen konnte, die vollständig entschlossen sind, das Maß der Souveränetät, welches mit der Bundesverfassung bestehen kann, sich zu bewahren, dieser Besorgniß zu begegnen, war es gewissermaßen eine Ehrenpflicht Preußens, zu zeigen, daß auch die kleineren Staaten mit diesem Bundesverhältniß in Unabhängigkeit bestehen könnten und dazu die Mittel darzubieten in der Legislative, welche dies Bestehen ihnen möglich machten, und zu diesem Behufe haben wir nach Analogie früherer Militär-Conventionen, nach Analogie früherer Justiz-Conventionen, durch welche die Kleinstaaten der zweiten, resp. der dritten Instanz entledigt wurden, eine ich möchte sagen Administrativ-Convention geschaffen, durch welche das naturgemäße Verhältniß wenigstens annähernd hergestellt wurde.

Diese Besorgniß, daß die Bundes-Einrichtungen eine Schraube sein würden, um die kleinen Souveränitäten zu zermalmen, die bei unseren Bundesgenossen zu beseitigen, verpflichtet uns die Politik ebenso wie die Gerechtigkeit. Nach der Bundesverfassung haben wir eben so gut wie alle Bundesgenossen die Souveränität der einzelnen Bundesstaaten garantirt, es ist das eine Collectiv-Garantie und man kann vielleicht nicht mit Unrecht sagen, daß wir dem Königreich Sachsen oder dem Großherzogthum Oldenburg die Souveränität des Fürstenthums Waldecks ebenso garantirt haben, wie wir sie Waldeck selber garantirt haben, und daß daher zu einer Entäußerung derselben die Zustimmung eines einzelnen Mitgliedes rechtlich vielleicht nicht ausreicht. Aber ich lasse diese Frage unentschieden. Politisch bedürfen wir eines Weiteren nicht, als wir von Waldeck haben, und mehr zu erstreben, als man bedarf, hat sich nach meiner Ueberzeugung immer als ein politischer Fehler bestraft. Was ist außerdem das Schicksal der Bundesverfassung in der Oekonomie ihres Stimmenverhältnisses, wenn in dieser Weise die Anzahl der Stimmen sich anfängt zu verändern? Der Herr Referent hat angedeutet, daß zwischen 25 oder 26 Stimmen, die zur Majorität erforderlich sind, ein erheblicher Unterschied nicht sei. Aber denselben Weg, den Waldeck gegangen wäre, könnten mehrere gehen wollen und da heißt es meines Erachtens im Interesse der Gesammt-Einrichtungen principiis obsta! Wir konnten in kurzer Zeit dahin gelangen, daß Preußen eine geborene Majorität im Bundesrathe hat. Daß bei einem solchen Zustande ein wirkliches Bundesverhältniß unmöglich ist, werden Sie mir zugeben. Die keineren Staaten würden immer mit Recht sagen, warum sollen wir überhaupt noch im Bundesrath erscheinen? Deshalb ist das Bundesverhältniß meiner Ansicht nach ein undenkbares, sobald der mächtigste Staat im Bunde und das Präsidium in sich die Majorität haben würde.

Es muß so bleiben, daß in Fragen, welche entschieden eine Unbilligkeit, ich will nicht sagen eine Vertragsverletzung, enthalten, und welche deshalb von den Staaten außerhalb des Präsidiums ziemlich einstimmig beurtheilt werden würden, daß die außerhalb des Präsidiums stehenden Staaten im Stande sind, wenigstens eine Majorität zu bilden, und jede Bresche, die hierin gelegt wird, ich möchte sagen, jeder Stein, der herausbröckelt, wird bei den übrigen Bundesstaaten ganz natürlich die Frage anregen, wo wird das aufhören? Es sind einige unter ihren Souveränen allerdings vorhanden, welche die Stellung eines reichen Privatmannes der Stellung eines solchen Fürsten vorziehen, aber viele werden es nicht sein und die meisten werden sagen, so wird es uns auch ergehen, mit Güte oder Gewalt; das Präsidium wird gefällig sein denjenigen, die sich dazu hergeben wollen, es wird hart auf diejenigen drücken, die sich dessen weigern, es wird die Schraube fest und fester anziehen, und es wird auf diese Weise in das Verhältniß zu unseren Bundesgenossen ein Mißtrauen hineingebracht werden, das ihnen bisher fremd geblieben ist und das wir dadurch nur fern halten können, daß wir auf das Strengste uns an die bestehende Bundesverfassung halten und deren buchstäbliche Durchführung überall da, wo die Interpretation zweifelhaft sein kann, mit Wohlwollen und Billigkeit handhaben. Ich verkenne nicht die Unbequemlichkeiten, die dieses neue Rechtsgebiet für beide Theile haben kann, ich glaube, viele derselben werden sich aber doch mehr als Ungewohnheiten erweisen, man wird sich auch in das Verhältniß hineinfinden können und ich möchte deshalb nicht so sprechen, wie der Herr Referent, der aus diesem Zwitterverhältniß, wenn ich so sagen darf, gewissermaßen eine Vaterlandslosigkeit der Waldecker herleiten wollte; es bleibt ihnen der Ehrenname Deutsche, und einen anderen als einen deutschen National-Patriotismus zu pflegen, haben wir überhaupt keine Ursache und keinen Anlaß. Ich möchte deshalb anheimgeben, angesichts der größeren politischen Rücksichten, die, so sorgfältig ich auch die Sache überlege, es mir immer wieder von Neuem rathsam erscheinen lassen, an der Zahl der bestehenden Souveräne nicht zu rühren, angesichts dieser Erwägung den zweiten Theil des Antrages nicht annehmen zu wollen.

Abg. **Windthorst**: Die Erklärungen des Herrn Minister-Präsidenten setzen mich in die Lage, gegen meine ursprüngliche Absicht jetzt für den Vertrag zu stimmen. Bei diesem Vertrage kommt es darauf an, ob er das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wahrt, und die Rechte Anderer verkürzt. Der ersten Bedingung ist durch die Zustimmung des Fürsten und der Stände Waldeck's genügt, dagegen halte ich die Rechte der übrigen Bundesfürsten für geschädigt, wenn der Vertrag nicht auch ihrer Genehmigung unterbreitet wird. Der Herr Minister-Präsident erklärt die Frage für zweifelhaft, und giebt damit den Fürsten die Berechtigung, die Vorlage des Vertrages zu verlangen; ich schließe hieraus, daß Preußen einer solchen Forderung keinen Widerspruch entgegensetzen wird, und stimme unter dieser Voraussetzung für den Vertrag. Ich weiß es ihm ferner Dank, daß er in seinen Ausführungen die Autonomie nicht nur der neuen preußischen Accessisten (Heiterkeit), sondern überhaupt aller einzelnen Staaten in den Vordergrund gestellt hat; ich halte dies für die erste Bedingung einer bundesstaatlichen Existenz und der darauf beruhenden Einheit Deutschlands. Es folgt hieraus gleichzeitig, daß ich mit Entschiedenheit gegen den zweiten Antrag des Referenten stimmen muß, und schließe ich mich hierin den vom Herrn Minister-Präsidenten bereits ausgeführten politischen Gründen an. Ein solches Drängen bringt uns in den Schein der Begehrlichkeit, der für das Bundesverhältniß nur nachtheilig sein kann.

Graf **Bismarck**: Zur Vermeidung von Mißverständnissen sehe ich mich veranlaßt, zu bemerken, daß ich nicht so weit gegangen bin, zuzugeben, daß der Vertrag, wie er Ihnen vorliegt, der Genehmigung der Bundesgesetzgebung bedürfen würde. Nur bei einer vollständigen Annexion würde dies der Fall sein und ist das einleuchtend, da die für den Bundesrath festgesetzte Stimmenzahl einen integrirenden Bestandtheil der Bundesverfassung bildet, also auch nur auf dem Wege der Bundesgesetzgebung wieder abgeändert werden kann.

Abg. Dr. **Lette** (schwer verständlich): Nachdem die Landesvertretung Waldecks ihre Zustimmung zu dem Vertrage gegeben, können wir uns unmöglich gegen denselben erklären. Hinsichtlich des zweiten auf Annexion hinzielenden Antrages kann ich mich den vom Herrn Ministerpräsident dagegen geltend gemachten Gründen vollständig anschließen. Sollte derselbe aufrecht erhalten bleiben, so halte ich die Annahme des vom Abg. Bassenge eingebrachten Amendements für selbstverständlich.

Graf **Bismarck**: Es ist noch eine Schwierigkeit hervorgehoben worden, die dem Vertrage entgegenstehen soll und die früher von sehr erheblichem Gewicht gewesen wäre, nämlich der Umstand, daß die Angehörigen Waldecks nicht wissen, welchem Staate sie als Bürger angehören. Der Zustand, in welchem die Angehörigen anderer deutschen Staaten in Preußen als Ausländer betrachtet wurden, ist aber durch die Bundesverfassung beseitigt und die Bewohner Waldecks haben jetzt bei uns dasselbe Bürgerrecht, wie zu Hause.

Abg. Graf **Bethusy-Huc**: Ich werde für die Accession und gegen die Annexion stimmen, ohne daß ich befürchten zu müssen glaube, in den Verdacht übertriebener Sympathien mit der particularistischen Kleinstaaterei zu kommen. Ich bedauere vielmehr, daß das Beispiel der Entsagung von Souveränetätsrechten, welches von Trägern des erlauchten Namens Hohenzollern gegeben worden ist, nicht mehr Nachfolger gefunden hat, und kann den Grund nur darin finden, daß das Regieren einen Reiz haben muß, der anderen Sterblichen unbekannt ist. Dennoch glaube ich, daß Preußen ein Gewicht darauf legen muß, alle bestehenden Rechte aufrecht zu erhalten, so lange nicht das nationale Bedürfniß unbedingt eine Modification verlangt. Ein solches Bedürfniß kann ich aber im vorliegenden Falle nicht so weit anerkennen, daß es durch den Accessionsvertrag nicht vollkommen befriedigt würde; ich bitte Sie deshalb, **für** diesen und **gegen** jeden weitergehenden Antrag zu stimmen.

Abg. Twesten: Mir liegt weniger an der Annahme des zweiten Antrages des Referenten, als daß wir hier nicht einen Präcedenzfall für die Zukunft schaffen, wonach an Preußen die ungeheuerliche Zumuthung gestellt wird, einen kleinen Staat auf seine Kosten zu erhalten. In dem einzelnen Staat ist es natürlich, daß die Steuerfähigkeit des einen Theiles sich überträgt und ausgleicht mit anderen Theilen, die geringeren Einnahmen haben, und es würde dies auch mit Waldeck nach dessen Annexion der Fall sein; ein solches Verhältniß aber zwischen zwei verschiedenen Staaten herzustellen ist so widernatürlich, daß ich mich entschieden dagegen verwahre, als konnte durch Genehmigung dieses Vertrages ein Präcedenzfall für die Zukunft geschaffen werden. Man hat uns auf die Geringfügigkeit eines jährlichen Deficits von 58,000 Thlrn. hingewiesen; durch die allmälige Steigerung der Militärlast stellt sich dasselbe auf beinahe 97,000 Thlr., und wenn mit der in Aussicht genommenen Aufhebung der Spielbank auch die hieraus fließenden 12,000 Thlr. Einnahmen wegfallen, haben wir ein Deficit von etwa 108,000 Thlr. zu decken. Die anfängliche große Aufregung der Waldeckschen Bevölkerung gegen den Vertrag stammte hauptsächlich aus der Befürchtung, dieses Deficit solle von ihrem Lande getragen werden; wenn ihre Bedenken nun dadurch, daß Preußen die Zahlung übernimmt, gehoben worden sind, so kann daraus noch nicht für uns ein Grund hergeleitet werden, dem Vertrage ebenfalls zuzustimmen.

Der Herr Ministerpräsident hat gegen die Annexion geltend gemacht, daß die Existenz jedes einzelnen Staates den anderen gegenüber garantirt sei; eine solche Garantie kann doch aber nur dahin gehen, daß kein Staat **gegen seinen Willen** annectirt werden dürfe; wenn derselbe damit einverstanden ist, hat sicher Niemand das Recht, Einsprache zu erheben. Es wurde ferner gesagt, die Zustimmung der anderen Bundesfürsten sei nöthig, weil die Stimmenzahl im Bunde verfassungsmäßig festgestellt und also nur auf dem Wege der Bundesgesetzgebung geändert werden könne; selbst zugestanden, daß dem so wäre, so hat doch jeder Staat das Recht, seine Stimme ruhen zu lassen, und dies könnte Waldeck thun, bis von Seiten der übrigen Fürsten die Zustimmung zur Uebertragung an Preußen gegeben wäre. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß neben dem uns vorgelegten noch ein anderer nicht veröffentlichter Vertrag abgeschlossen ist, in welchem sich der Fürst von Waldeck bereit erklärt, auf seine Souveränetät zu Gunsten Preußens zu verzichten. Nach dem vorgelegten Vertrage ist demselben aber das Domanialvermögen überlassen, und wenn wir hiernach die vollständige Annexion der Accession vorziehen, so kann uns dieser sicher nicht als Vergrößerungsgelüst ausgelegt werden. Auch der letzte Grund, den man gegen die Annexion vorgebracht hat, daß man nämlich zeigen müsse, daß die Existenz der Kleinstaaten mit den Einrichtungen des Bundes nicht unvereinbar wäre, ist durchaus nicht haltbar, denn dadurch, daß wir die Lasten übernehmen müssen, wird das Gegentheil klar bewiesen. Die Existenz der Kleinstaaten ist und wird immermehr bei den bestehenden Bundeseinrichtungen unmöglich. Wenn ich dem gegenüber trotzdem meine Zustimmung zu dem Vertrage gebe, so geschieht dies unter der Voraussetzung, daß die volle Annexion bald folgen wird, und daß die Genehmigung nicht als ein Präcedenzfall betrachtet werde, der uns hindern könnte, in Zukunft derartigen Stipulationen unseren Widerspruch entgegenzusetzen. (Bravo!)

Graf **Bismarck**: Ich habe bereits in meiner ersten Auseinandersetzung die Ansicht zu widerlegen gesucht, als würde uns durch den vorliegenden Vertrag ein neues Deficit auferlegt, das uns bei der Annexion nicht ebenfalls zufiele. Diese Ausführungen des Vorredners beruhen auf einer Ziffergruppirung, welche einen Eindruck hervorzurufen geeignet ist, der der Wirklichkeit nicht entspricht. Es könnte hiernach erscheinen, als würden durch die Einverleibung die Einkünfte aus dem Domanialvermögen dem Lande gesichert bleiben; wir würden jedoch aus demselben nicht einen Groschen ziehen, da der Fürst von dem ganzen Handel zurücktreten würde, wollte man noch weitere Opfer seines Privatvermögens von ihm verlangen; das Verhältniß bliebe also dasselbe. Es ist auch nicht die finanzielle Seite allein, die bei solchen Fragen zu berücksichtigen ist; ist es etwa finanziell vortheilhaft gewesen, als die Grafschaft Wittgenstein mediatisirt wurde? Wir haben da eine große Anzahl armer, verschuldeter, sogar hungernder Bauern bekommen, die der preußische Staat mit allen Lasten des Staates und der landesväterlichen Pflege für dieselben übernahm, und die standesherrlichen Besitzungen gingen steuerfrei auf den preußischen Staat über. Wäre das Geschäft in einer ähnlichen Form wie das mit Waldeck gefaßt worden, so würde es sich ziffermäßig ganz genau ebenso unvortheilhaft dargestellt haben, und nichtsdestoweniger galt es damals für eine erwünschte Acquisition, für eine Ausdehnung des mediatisirenden

Staates. Diesen Vorwurf, daß wir neue Lasten auf den preußischen Staat wälzen, die ihn bedrücken, muß ich also zurückweisen.

Wenn der Hr. Vorredner ferner es mit den Bestimmungen der Bundesverfassung für verträglich erklärt, ohne Genehmigung des Bundesraths einen selbstständigen Staat aus der Reihe der übrigen verschwinden zu lassen, so hat er mich durch seine Ausführungen doch nicht überzeugt, wenigstens möchte ich als Bundeskanzler die Verantwortung für einen solchen Schritt nicht übernehmen. Es sind die Mitglieder des Bundes alle namentlich in der Verfassung aufgeführt, und wenn auch jedem derselben das Recht zusteht, seine Stimme ruhen zu lassen, so ist es doch unmöglich, ein solches Verhältniß vertragsmäßig feststellen zu wollen. Es wäre dies gerade so, als wollte die Regierung mit einem Abgeordneten vor seiner Wahl einen Contract abschließen, in welchem der letztere sich verpflichtete, bei allen Abstimmungen nur für die Regierung zu stimmen: ein solches Verfahren wäre offenbar verfassungswidrig, und der Hr. Vorredner selbst würde einer der ersten sein, der die Wahl zu kassiren beantragte. In meiner Eigenschaft als Bundeskanzler — wenn es mir erlaubt ist, als solcher hier das Wort zu nehmen — möchte ich noch auf eine Bemerkung des Hrn. Vorredners antworten, welche dahin ging, daß durch die Einrichtungen des Bundes die Existenz der Kleinstaaten unmöglich geworden sei: wir haben sie garantirt, also ist sie möglich (Heiterkeit).

Abg. Schulze (Berlin): Ich gebe dem Herrn Ministerpräsidenten Recht: die Existenz der Kleinstaaten ist möglich, wenn wir sie garantiren, das heißt, wenn wir für ihr Deficit einstehen; ob dies in unserem Interesse liegt, lasse ich dahingestellt. Man hat die krankhaften Zustände der kleinen Souveränetäten hervorgehoben, dadurch aber werden sie sicher nicht beseitigt, wenn man ihnen ihre Rechte läßt und sie dafür von der Pflicht entbindet, aus dem Domanialvermögen Zuschüsse zu den Lasten des Landes beizusteuern. Der Verwahrung des Abg. Twesten, daß aus der Genehmigung des vorliegenden Vertrages nicht auch ein Recht für die Zukunft hergeleitet werden könne, schließe ich mich durchaus an; durch die Municifenz der preußischen Regierung und des preußischen Volkes könnte sehr leicht auch Anderen Lust gemacht werden, sich ihrer Regierungssorgen zu entschlagen, und deshalb ist eine solche Verwahrung nothwendig, mag man die von uns zu übernehmenden Lasten noch so geringfügig hinstellen. Wenn sich die Unmöglichkeit für einzelne Staaten herausstellt, den Druck der ihnen vom Bunde auferlegten Pflichten zu tragen, so mindere man entweder die Bundesausgaben oder übernehme die Lasten auf den Bund; daß man aber Preußen immer als den leistungsfähigsten Staat hinstellt, der deshalb am meisten zahlen könne, weil er bisher die größte Last getragen hat, und ihm nun auch noch die Verpflichtungen der kleineren, nicht leistungsfähigen Staaten auflegen will, dagegen möchte ich doch im Namen derjenigen Steuerzahler protestiren, die wir hier vertreten. — Wenn wir unsere Zustimmung zu dem Vertrage geben, so thun wir es, weil wir die dadurch geschaffenen Verhältnisse als ein Uebergangsstadium betrachten; dem zweiten Antrage aber bitte ich Sie zuzustimmen, weil nur in ihm die Möglichkeit liegt, das Ganze anzunehmen.

Abg. Waldeck: Aus welchen staatsrechtlichen Gründen die Souveränität eines Staates auf einen anderen nicht übertragen werden kann, ohne die Genehmigung des Bundesrathes, ist mir nicht verständlich. Die vom Herrn Ministerpräsidenten dafür beigebrachten Gründe sind bereits von anderen Rednern genügend widerlegt; die Stimme Waldeck's im Bundesrathe würde nach meiner Ansicht durch eine Einverleibung des Landes ohne Weiteres auf Preußen übergehen. Was das Domanialvermögen betrifft, so ist dasselbe durch einen Receß allerdings dem Fürsten als Privateigenthum überwiesen, doch nur unter der Voraussetzung, daß er Souverän des Landes bleibt; wenn diese Bedingung fällt, hat derselbe aus dem Receß auch keine Rechte mehr auf das Vermögen herzuleiten. Durch eine Einverleibung des Landes wäre es mithin sehr wohl möglich gewesen, pecuniär günstigere Bedingungen zu erlangen, als durch den Accessionsvertrag. Auch ich stimme für den letzteren nur unter der Voraussetzung, daß durch Annahme des zweiten Antrages in dem augenblicklichen Zustand nichts weiter als ein Uebergang zur vollen Annexion anerkannt werde.

Graf Bismarck: Die Klagen über die Lasten, welche die Verfassung des norddeutschen Bundes auferlegt und denen die Herren Vorredner Ausdruck gegeben, haben von dieser Stelle ein so weites Retentissement — mir fällt im Augenblick ein deutsches Wort dafür nicht ein — daß ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen kann, ein Wort zu Gunsten dieser Lasten einzulegen. Dieselben Klagen haben wir jederzeit im Bundestage gehört: man war gemeinsamen Einrichtungen nicht gerade abgeneigt, aber so oft eine wirklich getroffen, ein zweiseitiges Geschäft abgeschlossen werden sollte, dann wurde geklagt, daß es Lasten auferlege, und nachgerechnet, was der eine Theil gewinnen, der andere verlieren sollte. Das war der damalige Particularismus der kleinen Staaten. Aber was wir heute von den Herren Vorrednern zu hören bekamen, ist preußischer Particularismus. Ich traue den Herren zu, daß sie für die individuelle Freiheit willig Opfer bringen; aber sollen wir denn kein Opfer bringen für unsere staatliche und politische Freiheit? Dafür, daß unser Staat die Kraft erlangt hat, sich selbst, unsere nationale Ehre, unsere politische Freiheit zu wahren, ohne erst nach Bündnissen suchen zu müssen, daß vielmehr unser Bündniß gesucht wird? Ist denn alles das gar nichts werth? (Beifall.) So eben ist mir eine Zuschrift aus Carracas in Südamerika zugegangen, in der 2000 Deutsche ihre Freude über unsere nationalen Errungenschaften aussprechen. (Der Herr Ministerpräsident verliest das Schriftstück.) Erfüllt sie eine solche Zuschrift nicht mit Genugthuung? Ist Ihnen das gar nichts werth, daß unsere Landsleute in Amerika, ich will nicht sagen, zum nationalen Bewußtsein erwacht sind, aber es jetzt mit erhöhter Lebhaftigkeit beweisen, daß sie die gewonnene Stellung ihres Vaterlandes fast tiefer fühlend, als sie in der engeren Heimath empfunden wird, stolz an ihre Brust schlagen und sagen: wir sind Deutsche, während sie früher auf die Frage nach ihrer Nationalität beinahe beschämt, mit niedergeschlagenen Augen antworteten? Meine Herren, ich habe lange genug auf dem Lande gelebt, um zu wissen, was Steuerlast ist und wie die Steuern aus den Pfennigen der Armen zusammenfließen; aber die politische Freiheit, die nationale Ehre steht so hoch, so hoch über Allem, daß für sie auch der Aermste freudig sein Opfer bringt. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Abg. Dr. Braun: Von jener Seite (nach links deutend) haben wir schon in den letzten Tagen eine Reihe von Nörgeleien gehört, die sich damit beschäftigen, ob in Folge der Einverleibung die neuen oder die älteren Provinzen besser fahren würden u. dgl., heute beklagt man sich wieder darüber, daß durch die Bundesverfassung neue Lasten aufgelegt würden. Ich halte es im Interesse des Ganzen nicht für angemessen, daß bei so großen wichtigen Dingen fortwährend dergleichen kleine Rechenexempel aufgestellt werden, ob wir bei der Accession oder bei der Annexion 1 Thlr. mehr profitiren. Wir dürfen hierbei auch nicht allein im Auge haben, was ist nach der preußischen Verfassung Recht? sondern müssen fragen, was ist deutsches Recht? Wenn ein deutscher Staat sich andern einverleiben will und dadurch das Stimmverhältniß im Bundesrathe geändert wird, so müssen die Faktoren der Bundesgesetzgebung zuvor zustimmen. Wenn Preußen Waldeck, so könnte ja Sachsen einige Herzogthümer sich ohne Weiteres einverleiben. Das geht unmöglich. Preußen muß vor allen Dingen zeigen, daß es die Bundesverfassung heilig und unverbrüchlich halten will; nur dann werden auch die süddeutschen Staaten Lust bekommen, sich anzuschließen. Wir kommen hiermit für den Augenblick etwas weniger schnell vorwärts, aber sicher. Ich muß mich deshalb gegen den Antrag des Referenten erklären, weil derselbe nicht das Recht des norddeutschen Bundes, des Reichstags und Bundesraths genügend wahrt, und weil derselbe in den Bundesstaaten Zweifel erregen könnte an Preußens Bundestreue, an die sie glauben müssen und glauben sollen. (Beifall rechts.)

Die Specialdebatte wird eröffnet über Antrag 1 des Referenten und somit über die einzelnen Artikel des Vertrags.

Zu Art. 3 erhält das Wort

Abg. Dr. Löwe: Sehr mit Unrecht hat uns der Hr. Ministerpräsident Partikularismus vorgeworfen, Niemand wünscht sehnlicher als wir eine baldige und völlige Einheit Deutschlands. Wir beklagen uns aber über die Methode, die die Regierung hierbei einschlägt, die dahin führt, uns Preußen neue Lasten aufzuerlegen, und die durchaus nicht im Interesse der Einheit liegt, die wir Alle wünschen. — Ich muß constatiren, daß die Kritik, welche der Hr. Ministerpräsident an den Bundesrath selbst gelegt hat, im letzten Grunde uns aber bestimmte, gegen die Bundesverfassung zu stimmen. Wir sahen in dem Stimmverhältnisse im Bunde, bei den sonstigen Bestimmungen der Verfassung, ein wesentliches Hinderniß für die Ausdehnung des Bundes über das ganze Deutschland. Wie das Verhältniß ist, ist allerdings Gefahr vorhanden, daß das Bundespräsidium leicht eine absolute Macht über die übrigen Staaten erhalten kann. Dies kann aber nur dadurch geändert werden, wenn eine größere Verfassungsreform erreicht wird, durch die vor allen Dingen constitutionelle Bürgschaften hineingebracht werden. Nur eine freiheitliche Entwickelung der Bundesverfassung wird den Bundesstaaten die nothwendige Sicherheit gewähren, ihnen die Besorgniß zu nehmen, daß sie vom absoluten Staate Preußen aufgezehrt werden, und auch bei den noch außerhalb des Bundes stehenden deutschen Staaten die Neigung verstärkten, in den Bund einzutreten.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Es würde zu weit führen, wenn ich hier die Vertretung des Bundesraths und seiner Zusammensetzung übernehmen wollte. Der letzte Herr Redner scheint sich dadurch verletzt gefühlt zu haben, daß ich, den Ausführungen seiner Parteigenossen gegenüber, an den Bundestag und an den Particularismus erinnert habe. Ich habe damit jedoch Niemand verletzen wollen. Ich acceptire jedoch dies Gefühl des Verletztseins als ein Zeugniß des großen Fortschritts, den wir mit den deutschen Verhältnissen gemacht haben, wenn man sich heute durch die Erinnerungen an den Bundestag verletzt fühlt, und bin überzeugt davon, daß künftig Niemand sich verletzt fühlen wird durch die Erinnerung an unsere gegenwärtigen Bundesverhältnisse, auch wenn sie sich weiter entwickelt haben werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Virchow: Man hat uns den Vorwurf der „Nörgeleien“ und des Particularismus gemacht. Beide Vorwürfe sind wohl sehr wenig zutreffend; das werden wohl die betreffenden Herren selbst gefühlt haben. Wie der Herr Ministerpräsident den deutschen Patriotismus und die allgemeinen Betrachtungen, die er darüber angestellt hat, in Verbindung mit diesem Accessionsvertrag hat bringen können, verstehe ich nicht. Ich will ihm in seine allgemeinen Betrachtungen nicht folgen, sondern mich an die vorliegende Frage halten. Für uns handelt es sich hier um die Frage: Sollen und können wir der Regierung unsere Zustimmung dazu aussprechen, daß die fernere Entwickelung der deutschen Angelegenheiten auf die neue Bahn der Accessionen geleitet werde, welche die Voraussetzung haben, daß das preußische Volk directe Lasten übernehmen soll, wenn ein anderer Theil des deutschen Volkes sie nicht zu tragen im Stande ist?

Da müssen wir aber zuerst nachforschen: Woher kommt es, daß jener Theil des Volkes diese Lasten nicht zu tragen im Stande ist. Vielleicht, weil er verhältnißmäßig geringere Hilfsquellen hat? Nein, das normale Verhältniß beruht darauf, daß die Verhältnisse des Fürsten zum Lande, das Verhältniß der Domänen zur Arbeit des Volkes gelöst werden soll. Es handelt sich darum, die Bahn zu betreten, die deutschen Fürsten zu entschädigen durch Lasten, die wir auf den preußischen Etat bringen sollen. Nein, da hört der Patriotismus auf, da fängt der berechtigte Particularismus an. (Beifall links.) Herr Braun sagt: „Wir haben uns einzig und allein zu richten nach der norddeutschen Bundesverfassung.“ Nun, ich bitte Herrn Braun, auf Grund dieses neuen Rechtsbodens künftig mit mir gegen alle Anträge auf Annexionen zu stimmen, lediglich aus Consequenz, aus Hochachtung vor dem norddeutschen Bunde. (Heiterkeit.) M. H.! Als preußische Abgeordnete stehen wir hier auf Grund der preußischen Verfassung und haben Alles hiernach zu beurtheilen. Und nun frage ich: Was berechtigt mich, zu Gunsten des Fürsten von Waldeck den preußischen Etat zu belasten mit einer Last, die im gegenwärtigen Etat schon 58,000 Thlr. beträgt und von der man gar nicht absehen kann, wie hoch sie sich noch steigern wird. Ich werde deshalb gegen die Verträge stimmen und es dem Fürsten von Waldeck überlassen, sich mit seinen Ständen auseinanderzusetzen und darüber zu vereinbaren, wie er zu seinem Gelde kommt, das Land wird schon dafür sorgen, daß es nicht auf die Dauer überbürdet wird. — Der Accessionsvertrag soll die natürliche Consequenz der durch den nordeutschen Bund vermehrten Belastung, die Beschleunigung des Unterganges der Kleinstaaterei, in ganz unberechtigter Weise zu Ungunsten des preußischen Volkes aufgehalten. Ich werde dagegen stimmen. (Beifall links.)

In der Specialdiscussion über Antrag 2 des Referenten motivirt zunächst Abg. Bassenge das von ihm gestellte Amendement, das vielen Abgeordneten die Zustimmung zum ersten Antrage erleichtern werde.

Abg. Dr. Waldeck: Die Annexion ist ganz entschieden der Accession vorzuziehen; die Ausführungen des Abg. Braun waren bloße Redensarten, hervorgegangen aus unrichtiger Auffassung unseres ganzen Standpunktes. Wir wollen das Ungewöhnliche und Ungeheuerliche eines solchen Accessionsvertrages nicht als Regel und dauernd hinstellen, sondern als vorübergehend. Ich muß Herrn Braun außerdem auf den Widerspruch aufmerksam machen, der darin besteht, wenn er sich als Freund der deutschen Einheit hinstellt und gleichzeitig die norddeutsche Bundesverfassung als das Höchste, was hierin erstrebt werden konnte, betont, während dieselbe doch noch sehr weit reformirt werden muß, ehe sie wirklich das einige Deutschland umfassen kann. — Wir sind durchaus nicht gegen die weitere Einigung, sondern nur gegen die jetzige Art und Weise der Ausübung der Souveränetät in den Kleinstaaten und meinen, daß im Interesse des deutschen Volkes mehr die Annexion, als die Accession liegt, weil die Kosten an dauernder Hofhaltung in den Kleinstaaten dadurch gespart werden, deshalb müssen wir auf der Annahme der zweiten Resolution bestehen (Beifall).

Abg. Braun (Wiesbaden): Ich leugne es nicht, daß die norddeutsche Verfassung noch reformbedürftig ist, aber sie ist entschieden ein Schritt vorwärts auf dem Wege der deutschen Einheit. Wenn nun die Verfassung auch reformbedürftig ist, so dürfen wir sie auf gesetzmäßigem Wege wohl reformiren, nicht aber brechen, so lange sie zu Recht besteht, nicht weiter annektiren ohne Zustimmung des Reichstages. Diejenigen aber, welche diese Keime, diese Anfänge der Einheit erschüttern wollen, sind eben keine Freunde der Einheit.

Abg. Dr. Waldeck: Ob ich oder mein Vorredner ein größerer Freund der deutschen Einheit bin, überlasse ich denen zu prüfen, die ihn und mich kennen. Bis jetzt sehe ich noch keine Erfolge des norddeutschen Bundes, die er so rühmt. Ich habe die Reichsverfassung bekämpft, weil sie wesentliche Rechte des preußischen Volkes ohne Nutzen vernichtete, und weil ich glaubte, daß wir auf dem Wege, den auch der Abg. Braun früher für den richtigen hielt, früher zur Einheit gekommen wären, als so. Ihn und mich unterscheidet wesentlich das, daß, wenn ich einmal eine Ansicht für richtig halte, ich auch alle Mittel

---

Arnstein.

Roman von **Gustav vom See** (G. v. Struensee).

Dritter Theil.

In Arnstein.

Vierzehntes Capitel.

Nach der Heimath.

Das Zimmer, worin man sich allabendlich zu versammeln pflegte, lag auf demselben Corridor mit dem seinigen; die Frauen wohnten in dem entgegengesetzten Theile des Schlosses. Man hatte an einem stürmischen Abend des Februar längere Zeit auf ihn gewartet, dann ließ er, wie er jetzt oft that, sich durch den Bedienten entschuldigen. Alice bereitete den Thee, ohne auf die Bemerkung der van der Maar, daß sie Hugo heute bestimmt erwartet habe, etwas zu erwiedern. Der Abend verging einförmig, der Sturm trieb den Schnee an die hohen Fenster und heulte um das alte Schloß und in dem Kamin. Alice empfand dabei ein wohlthuendes Gefühl, wie immer, wenn die Natur in ihren Erscheinungen und Aeußerungen mit unserem Innern in Uebereinstimmung tritt. Plötzlich als ein heftiger Windstoß die Fenster erzittern machte, es war schon spät und die Frau Norden im Begriff, das Aufbrechen zur Ruhe in Vorschlag zu bringen, sagte Alice mit erregter Stimme:

Ich möchte etwas singen: Wie lange ist es her, daß ich nicht mehr gesungen habe und mit dem Sturme draußen ein Duett zu singen, muß ein Genuß sein! Erlauben Sie es, Fräulein van der Maar?

Gern, gern, mein Kind, sagte diese mit sichtlicher Theilnahme, Sie verschaffen mir einen lang entbehrten Genuß.

Alice öffnete hastig den Flügel und sang, zuerst ein Paar einfache traurige Lieder, der wirklichen und wahren Stimmung ihres Herzens Rechnung tragend, dann größere Arien — leidenschaftliche — Elvirens Klage verschmähter Liebe, dann Anna's Aufforderung zur Rache — Alles auswendig mit meisterhaftem, leidenschaftlichem, fast wildem Vortrage, sich und ihre Umgebung vergessend, und erfaßt von dem schmerzvollen, lang entbehrten Glück:, ihre Gefühle in Tönen ausströmen lassen zu können.

Er saß, den Kopf auf die Hand gestützt, stumm, ernst und brütend in seinem Zimmer. Ein aufgeschlagenes Buch lag vor ihm, mechanisch hatte er es geöffnet, aber seine Gedanken beschäftigten sich nicht mit dessen Inhalte, sondern schweiften auf ganz anderen Bahnen. Die Unruhe seines Innern hatte sich nicht vermindert, sondern gesteigert, wie egoistisch, wie verwerflich war seine Handlungsweise, welche sie kränkte und verletzte, in dem doch vergeblichen Streben, sich selbst mit einer schützenden Mauer zu umgeben. Auch so, das erkannte er, konnte es nicht fort gehen. Weshalb nicht unbefangen, harmlos miteinander verkehren, wie sonst? Weshalb die eigene Schwäche und Verirrung durch äußere ungerechtfertigte Handlungen kennzeichnen? Weshalb? — Das leichte Boot der Jugend fliegt sorglos im Sturme dahin, steigt zu den Schaumkämmen der Wogen empor, um dann wieder tief in ein Wellenthal hinabzugleiten; das mit Erfahrungen und Enttäuschnngen belastete Schiff des gereifteren Mannes dagegen arbeitet, tief gehend, schwer im Sturme, die an seinem Kiele sich aufbäumenden Wogen zertheilend. Aber es bleibt dennoch immer ein Spiel der Winde und des Meeres, und nur durch die sichere Hand am Steuer vermag es ihnen Widerstand zu leisten. Er stand am Steuer, aber seine sonst so feste Hand schwankte, er hatte die Richtung verloren, die Nadel seines Compasses wurde von einem anderen Magnet als den kalten, ruhigen Erwägungen des Vorstandes angezogen.

Ein langer, tiefer Seufzer hob seine gepreßte Brust, dann fuhr er plötzlich, wie von einer magischen Kraft getroffen, empor. Der Ton ihrer Stimme hatte sein Ohr berührt, dieser Stimme, nach welcher er so oft sehnsüchtig verlangt, und die er lange, lange nur noch im Traume gehört hatte. Er sprang auf und öffnete die Thür. Jetzt konnte er deutlicher hören — ihren leidenschaftlichen Gesang, wie an ihn selbst gerichtet, und jene sympathischen, leise vibrirenden Tonwellen, welche seine Nerven und sein Herz erbeben machten. — Unbewußt und unhörbar geht er auf dem dunklen Corridor weiter, — jetzt steht er an der Thür, ihr so nahe, daß auch das unmerklichste Auf- und Abwogen ihres durch den Gesang verkörperten Gefühls ihn erreicht, — er glaubt sie zu sehen, ihre glänzenden emporgerichteten Augen, ihr schönes, von Erregung leicht geröthetes Gesicht, — unwillkürlich faßt seine Hand den Drücker, noch ein Moment und er steht vor ihr — da verstummt der Gesang, seine Hand sinkt wieder herab und er lehnte sich erschöpft, wie bei einer unrechten Handlung ertappt, an die Mauer zurück.

Er hörte den Flügel schließen, eine belobende freundliche Aeußerung der van der Maar, noch undeutliches unverständliches Reden — die entgegengesetzte Thür öffnen und schließen, und dann war es lautlos still.

Er wartete eine Zeit lang, dann öffnete er geräuschlos und zaghaft die Thür. Das Zimmer war dunkel und leer. Sie hatten sich entfernt, um zur Ruhe zu gehen. Der Sturm trug die Schläge der alten Thurmuhr, welche die eilfte Stunde verkündete, wild weit durch die Lüfte dahin, — er hörte nicht darauf und stand noch immer regungslos wie ein dunkler Geist an derselben Stelle, in die Finsterniß hineinstarrend.

Nach längerer Zeit schritt er leise, als ob er befürchte, gehört zu werden, dem Flügel zu und setzte sich auf denselben Stuhl, worauf sie kurz vorher gesessen. Um seine Brust lag ein pressendes Band, er mußte rascher und mit Anstrengung athmen — er fühlte ihre Nähe, es war ihm, als ob sie hinter ihm stände und ihr Gewand ihn streife. Er öffnete den Flügel und seine Hände glitten leise über die Tasten dahin; erschreckt fuhr er zusammen, sah sich unwillkürlich um — und spielte weiter, wußte er doch, daß sie ihn in dem entfernt gelegenen Theile des Schlosses, und dazu bei diesem heftigen Sturme nicht hören konnte Je länger er spielte, je mehr steigerten sich seine Empfindungen, und um so bereitwilliger gab er sich diesem Genusse hin. Wie sie es gethan, — nur anders, nur wilder, stürmischer und andauernder — denn die Nacht war schon weit, weit vorgerückt, als er sich endlich erhob, matt und erschöpft das Instrument schloß, und dann still und leise das Zimmer verließ, ebenso geräuschlos und unhörbar, wie er gekommen war.

Durch das Singen im hohen Grade aufgeregt, und nur mit Mühe die Gewalt der sie bewegenden Gefühle bekämpfend, war Alice mit ihrer Mutter auf ihrem Zimmer angekommen. Diese, welcher die ungewöhnliche Erregung ihrer Tochter nicht entging, glaubte am Richtigsten zu handeln, wenn sie ihr jede Gelegenheit zur Aeußerung derselben entzog.

Laß uns zur Ruhe gehen, mein Kind, sagte sie daher, es ist schon spät, wir sind heute länger, als sonst aufgeblieben.

Als sonst? wiederholte Alice mit einem schmerzlichen Blicke — sage: als in der letzten Zeit, dann hast Du die Wahrheit geredet. — Ach, Mutter, rief sie plötzlich, diese leidenschaftlich umschlingend, wir können, wir dürfen nicht länger hier bleiben!

Aber Alice, mein Kind, erwiederte ihre Mutter bestürzt, was hast Du für thörichte, unglaubliche Gedanken, wie kommst Du zu dieser überspannten Idee?

Ach, liebe gute Mutter, fuhr Alice, mit ihren Thränen kämpfend, fort, während sie ihr Gesicht an der Brust ihrer Mutter verbarg, ach, weshalb haben wir unsere schöne, liebe Heimath verlassen! Weshalb ziehen wir wie Flüchtlinge von Ort zu Ort, um an jedem zu hören, daß man uns nicht haben will, daß man nur mit Widerwillen unsere Gegenwart duldet! — O! laß uns wieder zurück, — zurück dahin, wo wir hergekommen! — Gern, gern will ich still und einsam leben — ach, ich sehne mich danach. — Du wirst mich nicht von Dir stoßen, — Du — wirst mich lieben wie bisher, und es wird Niemand um uns sein, der uns täglich sagt: Gehen Sie, gehen Sie, Sie sind mir lästig, Ihre Gegenwart ist mir unerträglich!

Ich verstehe Dich wirklich nicht, — Du mußt krank sein! Wie kannst Du einer solch' ganz unbegründeten Vorstellung Raum geben? Fräulein van der Maar liebt Dich fast wie eine Mutter, sie würde unglücklich sein, wenn Du ihr jetzt entzogen würdest, und der Graf, — der Graf, fuhr sie langsamer und wie von einer Ahnung erfaßt, fort, da sie ihrer Tochter angsterfüllten Augen und ihre zuckenden Lippen sah, — der Graf ist ein vielbeschäftigter, ernster, auch vielleicht etwas launischer Mann, aber er — nun es liegt gewiß nicht in seinen Wünschen, daß wir Arnstein wieder verlassen sollen.

Liegt gewiß nicht in seinen Wünschen — wiederholte Alice langsam, mit tonloser Stimme — soll er diese Wünsche etwa mit bestimmten Worten aussprechen? fuhr sie leidenschaftlicher fort, genügt es nicht, wenn er uns täglich und stündlich durch sein Verhalten zu erkennen giebt, daß wir ihm lästig sind, daß er uns nur duldet, weil er es muß, weil er eine Verpflichtung dazu durch seine Einladung übernommen hat — weil — weil er noch nicht jede Rücksicht bei Seite setzen will? Er meidet uns, er zieht sich von uns zurück, er legt sich, nur um unserer Gegenwart enthoben zu sein, Entbehrungen auf — ach, Mutter weshalb soll ich noch Mehreres und Kränkenderes sagen, Du fühlst es so gut, wie ich — Du mußt es fühlen — wir können, wir dürfen nicht länger mehr hier bleiben, ich würde unglücklich sein — ich könnte es nicht ertragen — ich würde sterben!

Aber Alice, mein Kind, sagte ihre Mutter besorgt, das bebende und weinende Mädchen sanft umschlingend und an sich ziehend, Du bist heute in hohem Grade aufgeregt, Du darfst so spät nicht wieder singen. — Beruhige Dich, fuhr sie fort, während Alicens Augen mit angsterfülltem und flehendem Ausdruck an ihr hafteten, Du thust dem Grafen in hohem Grade Unrecht. Du gehst von Voraussetzungen aus, die nicht vorhanden sind, nicht wir, sondern ganz andere Dinge üben eine Einwirkung auf seine Stimmung; er ist seit einiger Zeit schweigsamer und ernster, als sonst, aber Du kannst fest überzeugt sein, daß er, und vielleicht noch in höherem Grade, eben so sein würde, wenn wir nicht in Arnstein wären.

Glaubst Du, erwiederte sie mit einem schmerzlichen Zucken um ihren Mund, weshalb jetzt? Weshalb in der ersten Zeit so anders, so ganz anders, setzte sie mit einem Seufzer hinzu, nein, nein, er — er hat sich in seinen Erwartungen getäuscht, ich — ich — ach zweifle doch nicht länger, Mutter, nöthige ihn nicht, uns noch kränkendere Beweise zu geben.

zu benutzen suche, um sie durchzusetzen, während er sich sofort wieder zu dem bekennen kann, was seinem Prinzip widerstreitet, wenn es nur augenblicklichen Nutzen zu bringen scheint.

Abg. Twesten: Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich bei der Annexion sehr gern dieselben Kosten mit übernehmen würde, bei der Accession aber nicht. — Es scheint mir nicht gerathen zu sein, daß man mit einem allgemeinen Aufruf an den Patriotismus entgegentreten darf der scharfen Unterscheidung aller Verhältnisse und Thatsachen, welche gründlich zu untersuchen unsere Pflicht ist (Beifall). Gegen die Deductionen des Abg. Braun habe ich zu bemerken, daß nach meiner Rechtsanschauung über die Annexion eines anderen Staates an Preußen Niemand mitzusprechen hat als die preußischen gesetzgebenden Factoren und der Fürst und die Landesvertretung des anderen Staates; auf Grund der Bundesverfassung kann ein Einspruch dagegen nicht erhoben werden. Wenn zum Beispiel ein regierendes Haus ausstirbt oder ein Souverän freiwillig auf die Krone verzichtet, so kann die Bundesverfassung es nicht verhindern, daß die zunächst erbberechtigte Linie succedirt. Der Bundesrath und Reichstag werden nur darüber zu entscheiden haben, wie die bisherige Führung der Stimme geordnet werden soll; ebenso ist es aber, wenn durch einen freiwilligen Act die Regierung eines Landes auf ein anderes Staatsoberhaupt übergeht.

Abg. Braun (Wiesbaden): Es ist ein Unterschied, ob die Uebertragung durch Erbfolge oder durch einen Vertrag unter Lebenden geschieht.

Bei der Abstimmung wird der erste Theil des Antrags des Referenten, den Vertrag mit Waldeck zu genehmigen, angenommen (dagegen nur einzelne Mitglieder der Fortschrittspartei, wie Duncker, Virchow und Jacoby), und der zweite Theil mit dem Amendement Bassenge verworfen (dafür die Fortschrittspartei und die Mehrzahl der Nationalliberalen).

Es folgt der Bericht der Commission für das Gemeindewesen über Petitionen, betr. die Reform der Kreis- und Provinzial-Ordnung, sowie der ländlichen Polizei und den Erlaß einer Gemeinde-Ordnung. Referent Abg. Lette beantragt Ueberweisung an die Staatsregierung mit der dringenden Aufforderung, die gewünschten Vorlagen noch in dieser Session zu machen. (Das Haus ist halb leer.) Die Abgg. v. Bötticher, Heise und Gen. beantragen Ueberweisung mit dem Ersuchen, baldmöglichst den Entwurf einer Kreis- und Provinzial-Ordnung, sowie eines Gesetzes wegen Reform der gutsherrlichen Polizei vorzulegen.

Abg. Waldeck beantragt folgende Resolution: Das Haus der Abgeordneten fordert die königl. Staatsregierung auf, unter Abschaffung aller entgegenstehenden, auf ständischen, feudalen und Sonderinteressen beruhenden Gesetze und Einrichtungen, möglichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend die Einführung bezüglich Wiedereinführung Einer Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung für den ganzen Staat auf den Grundlagen 1) der Gemeindeangehörigkeit aller im Gemeindebezirke belegenen Grundstücke und aller Einwohner des Gemeindebezirks mit Abschaffung des vom Gemeinde-Verbande ausgeschlossenen sogenannten Gutsbezirks; 2) der Selbstverwaltung der inneren und besonderen Angelegenheiten der Gemeinden, Kreise und Provinzen, einschließlich der den Gemeinden zustehenden Ortspolizei, durch gewählte Vertreter und Vorsteher; 3) des Gemeindewählerrechts jedes Einwohners, der eigenen Hausstand hat, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt und die Gemeindeabgaben bezahlt hat, ohne Unterschied des größeren oder geringeren Besitzes, nnd ohne Abtheilung in Klassen oder Stände, welche dem Art. 4 der Verfassung widerstreitet; 4) der Wählbarkeit aller Gemeindewähler, sowohl zu Gemeinde- als Kreis- und Provinzial-Vertretungen und der Berechtigung derselben, die Vertreter der Kreise und Provinzen nach dem Grundsatze ad 3 zu wählen.

Abg. v. Bötticher vertritt seinen Antrag, da er die Regierung nicht drängen will noch in dieser Session ihre Vorlagen zu bringen, wie die Commission es verlangt. Eine so rasch gefertigte Arbeit würde nicht brauchbar sein. Die conservative Partei wolle die gutsherrliche Polizei nicht beseitigen, bevor sie nicht wisse, was an ihre Stelle gesetzt werde, einstweilen genüge ihr die Reform des Instituts.

Abg. Hoffmann (Jüterbogk) als Mitglied der freien conservativen Partei, kann nicht begreifen, wie ein conservativer Mann dem Antrage der Commission auf Aufhebung der gutsherrlichen Polizei im Jahre 1867 noch widersprechen kann. Dagegen zeuge der Antrag Waldecks, daß er, wenn ernsthaft gemeint, ohne Kenntniß von Land und Leuten abgefaßt sei, oder er bezwecke etwas Anderes. Gegen ihn sprechen, heiße Eulen nach Athen tragen und bringe in Gefahr unparlamentarisch zu werden.

Abg. Dr. Löwe: Es ist uns mit unserem Antrage durchaus Ernst und auch die Conservativen werden begreifen, daß jede Reform in diesem Gebiete mit dem Anfange, nämlich mit der Gemeinde, anfangen muß. Während des Conflictes sollten wir Schuld sein, wenn die Regierung mit ihren auf Vorrath gearbeiteten Reformgesetzen nicht vorwärts kam: jetzt besteht der Conflict nicht, aber wo bleiben die Reformen? Alle großen Fragen der inneren Gesetzgebung liegen heute genau da, wo sie zuvor lagen und wenn die Regierung in den neuen Landestheilen Gesetze in Masse aus dem Aermel schütteln konnte, warum sollte es nicht auch uns anstehen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten.

Minister des Innern: Die Regierung erkennt an, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Kreis- und Gemeindeverfassung reformfähig und reformbedürftig ist. Am meisten aber meint sie, ist dies der Fall bei der Kreisverfassung, und nach dieser Richtung hin haben sich daher auch die Verordnungen in den neuen Provinzen bewegt. Auch für die alten Provinzen soll in kürzester Frist nach einem gleichen Ziele hin vorgegangen werden. Ich werde mich dazu des Rathes einiger Herren aus dieser Versammlung zur Vorberathung versichern, und beabsichtige, womöglich noch im Laufe dieser Session den Entwurf einer Kreisverfassung dem Landtage vorzulegen. Eine Provinzial-Ordnung aber kann nach unserer Ansicht erst dann vorgelegt werden, wenn dieselbe sich an eine schon bestehende Kreisverfassung eng anschließen kann, wogegen die Gemeindeverfassung einstweilen noch zurückbleiben kann. Wir sind endlich der Meinung, daß die Polizeigerichtsbarkeit auf dem Lande, trotz mancher praktischer und auch wohl theoretischer Mängel, an denen sie leidet, vorläufig noch aufrecht erhalten werden muß, so lange die Regierung sich noch nicht klar darüber geworden ist, auf welche Weise die vorhandenen Uebelstände durch etwas Besseres ersetzt werden können. Vorläufig hält sie diese Polizeigerichtsbarkeit für eine Institution, die, wenn auch nicht sehr erfolgreich, so doch sehr bequem wirkt. (Aha! links.)

Abg. Graf Bethusy-Huc polemisirt gegen den Antrag Waldeck's, der gegen das Naturrecht verstoße durch die Gleichstellung des Grundbesitzers mit jedem Besitzlosen in der Gemeinde, desgleichen gegen den des Abgeordneten v. Bötticher, dessen conservative Unterzeichner im Jahre 1861 mit ihm, dem Redner, denselben Antrag unterschrieben haben. Frage man, was an die Stelle der gutsherrlichen Polizei zu setzen sei, so erkläre er dreist, daß jeder Ersatz ein geringeres Uebel sei als das bestehende Institut. Der Antrag der Commission solle die Regierung nicht zu einer übereilten Vorlage drängen, sondern nur bewirken, daß ihre Tendenz noch vor Schluß der Session fixirt werde.

Abg. Wagener (Neustettin): Der Hr. Graf Bethusy hat schon öfters einen üblen Einfluß auf die conservative Partei geübt; er und der Abgeordnete Hoffmann mögen ihre parlamentarische Production nicht als Monopol des wahren Conservatismus vertreiben. Conservativ war Hr. Hoffmann nicht, nur unklar (Heiterkeit) und Abgeordneter Dr. Löwe hat ihm das auch sofort mit der correcten Consequenz der Demokratie nachgewiesen. Der Antrag der Commission ist ein stilles Mißtrauensvotum gegenüber der feierlichen Zusage der Thronrede. Man kann eine bessere Provinzial- u. s. w. Ordnung wünschen, aber eine neue? Wie können nur politische Männer solche himmelblaue Dinge aussprechen? dann aber hat Waldeck die Sache wenigstens consequent angegriffen. Wenigstens lasse man die neuen Provinzen aus dem Spiel, die keine Veränderung in der Richtung zu preußischen Organisationen hin wünschen. Die Regierung legt aber die bessernde Hand an in dem Sinne, daß die reformirten Körperschaften Verwaltungsrechte erlangen. Nicht durch pikante Reden herrscht das englische Parlament, sondern weil das Oberhaus der höchste Gerichtshof, das Unterhaus die höchste Verwaltungsbehörde ist, zusammengesetzt aus allen Local-Autoritäten des Königreichs und der Träger von Allem, was Autorität im Lande ist. So schnell, wie die Commission es will, geht es nicht; ihr Antrag ist unpraktisch und hat nur die Bedeutung eines Mißtrauensvotums.

Den Schluß der Debatte, der in der O. C., welcher wir sonst stets folgen, kurz abgebrochen ist, geben wir nach der „Nordd. A. Z." Darnach spricht

Abg. Dr. Waldeck: Der Inhalt der vorliegenden Petition ist von der vollsten Wichtigkeit; da aber mit so ungeheurer Schnelle gearbeitet wird, und wir wissen, daß dasjenige, was der Einzelne will, doch nicht geschehen wird, so will ich hier nur constatiren, was die liberale Majorität des Landes immer gewollt hat. Es ist den Herren v. Patow und Vincke auf das Höchste angerechnet worden, daß sie für die Aufrechthaltung der Gemeinde-Ordnung von 1850 eingetreten sind. Leider machte sich da die Idee geltend, Land und Stadt zu trennen, und 1856 erschien das unerhörte Gesetz. Redner giebt nun eine ausführliche Geschichte der bis jetzt über die Kreis- und Gemeinde-Ordnung geführten Kämpfe und fährt sodann fort: Wir müssen durch unsere Mehrheit wenigstens das aussprechen, was wir für das Richtige halten, und dies besteht darin, daß ein homogenes System in dem Staatsleben herrsche, daß es ein Unding ist, im Gemeindeleben ritteralterliche Zustände aufrecht zu erhalten, während sie im Staats- und Gewerbeleben bereits in Etwas überwunden sind. Den Standpunkt des Abg. Wagener betreffend, so mag er die Regierung, wenn er kann, auf denselben stellen. Wir können nur sagen, das und das ist absolut nothwendig, mehr können wir als Volksvertreter nicht thun. Der Erfolg liegt nicht in unserer Hand.

Abg. v. Diest: Die Passus sub c und d der Petition sollten, so wurde in der Commission beschlossen, gestrichen werden. Ich wundere mich, daß sie dennoch abgedruckt sind. Ebenso wurde beschlossen, das Wort überwiegend zu streichen und da ich es als Schriftführer selbst gestrichen habe, so erstaune ich um so mehr, daß ich es im Commissions-Bericht wieder vorgefunden habe. Die Sache selbst betreffend, so kann ich weder mit dem Abg. Waldeck, noch mit Wagener übereinstimmen. Der Antrag Waldeck leidet darin, daß er unsere ganze Grundlage wegwirft. (Oho! links!) Ferner darin, daß er von einer Anzahl Personen ausgegangen ist, unter denen ich, wie ich sie kenne, wenige gefunden habe, die eine praktische Erfahrung auf diesem Gebiete besitzen. (Unruhe links.) Sodann zeigt der Antrag durch seinen Eingang, wo es heißt: „Antrag, betreffend die Einführung einer Gemeinde- und Provinzial- und Kreis-Ordnung für den ganzen Staat", daß er nicht praktisch ausführbar ist. Denn man kann in dieser Beziehung den ganzen Staat unmöglich gleich machen wollen. Die Ansichten des Abgeordneten Wagener betreffend, halte ich die vorliegende Gelegenheit gerade für eine solche, wo die conservative Partei heraustreten und die Sache angreifen muß, aber so, wie der Minister sagte, daß vor Allem zuerst die Kreis-Ordnung geschaffen werden muß.

Was der Graf Bethusy-Huc sagte, daß die Polizei-Obrigkeit der Güter zu beseitigen sei, damit bin ich einverstanden, denn Viele haben Güter, sind aber völlig unfähig die Polizei zu üben. Ich muß aber vor einer gewissen Eile warnen, besonders davor, wie ein Mitglied der Commission sagte: „Die Sache aus dem Fenster zu werfen." Ich denke mir die Sache so. Diese Frage steht recht eigentlich im Zusammenhange mit der Reorganisation unserer ganzen Verwaltung. Ich will nicht, daß unserer bureaukratischer Zopf in die neuen Provinzen ein- sondern aus den alten ausgeführt wird. Ich möchte als Regierung eine Person stellen, vielleicht die Landräthe mit einer technischen Person zur Seite. Den Landräthen selbst würde ich dafür einen Theil ihrer Competenz nehmen. Ich würde ihnen einen Regierungs-Assessor zur Seite stellen und bestimmen, daß jeder Assessor, ehe er befördert werden kann, da gearbeitet haben muß. (Große Unruhe links.) Die beiden Anträge halte ich meiner Meinung nach für unzuträglich. Es ist ein Unding, daß die Regierung in vier Wochen eine solche Reform ausführen soll; ich will ihr vielmehr die Frist bewahren, daß sie mit Muße an die Arbeit gehen kann.

Es ist ein Antrag auf Schluß der Discussion eingereicht; bevor über denselben abgestimmt wird, erhält zur Geschäftsordnung das Wort

Abg. Lasker: Der Antrag Waldeck (Ruf: lauter!) — Ich bitte, ich fange ja eben erst zu sprechen an (Heiterkeit) — ist erst heute im Laufe der Sitzung vertheilt. Mit dem Inhalte desselben sind wir eben erst bekannt geworden und zum größten Theile noch nicht in der Lage, ohne Weiteres darüber abstimmen zu können. (Ruf rechts: Nein! Nein!) Der Inhalt des Antrages ist so wichtig, daß er wohl einer reiflichen Discussion bedarf. Ich halte es nicht für rathsam, unvorbereitet über Principien und Angelegenheiten, welche das Land in diesem Augenblicke am nächsten berühren, heute schon zur Abstimmung zu kommen. Da es aber schwer sein wird, die Debatte im Laufe der Budgetberathung weiter auszuspinnen und auf morgen zu vertagen, so beantrage ich, daß der Antrag in die Commissian zur Berathung und Berichterstattung zurückgegeben wird.

Abg. Graf Schwerin: Ich widerspreche dem Antrage auf das allerentschiedenste. Hätte die Commission die Intention gehabt, in die Discussion der Materie einzugehen, so hätten wir nicht der Anträge Waldecks bedurft, dann hätten wir in der Petition selbst ausreichendes Material gehabt. Ein Resultat der Discussion über die Principien einer neuen Kreis-Ordnung erblicken wir nur im Anschluß an eine Vorlage und wir hoffen, daß die Regierung die uns in der Thronrede in Aussicht gestellte Vorlage möglichst bald machen werde.

Abg. Heise bittet, schon heute zur Abstimmung zu schreiten.

Abg. Löwe: Der Minister des Innern hat in Aussicht gestellt, noch im Laufe dieser Session aus dem Hause Vertrauensmänner herauszunehmen, um die allgemeinen Principien zu der zu machenden Vorlage festzustellen. Würde der Antrag Waldeck jetzt in die Commission zurückgewiesen, so sei der natürliche Weg, daß die Commission diese Vertrauensmänner bilde.

Abg. Graf Bethusy-Huc schließt sich durchweg dem Grafen Schwerin an.

Abg. Lasker befürwortet noch einmal seinen Antrag.

Abg. v. Vincke (Olbendorf) ersucht eine Discussion über diese Angelegenheit erst dann vorzunehmen, wenn eine Gemeindeordnung dem Hause wirklich vorliege.

Abg. Miquel ist dafür, daß heute noch nicht über den Antrag Waldeck abgestimmt werde, da derselbe erst an dem heutigen Tage eingebracht sei und deswegen von den Mitgliedern des Hauses nicht zur Genüge hätte erwogen werden können.

Abg. Graf Schwerin: Wenn wir heute den Antrag Waldeck nicht annehmen, so geschieht dies nicht. weil wir nicht gehörig informirt sind, sondern, vom Standpunkte der Commission aus, deshalb, weil sie der Ansicht ist, daß es nicht pro tempore sei, darüber zu debattiren, so lange uns nicht eine Gemeindeordnung vorliege. — Es folgt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 20 Minuten.)

Die Frau Norden erkannte, daß sie durch weiteren Widerspruch die leidenschaftliche Aufregung ihrer Tochter nur vermehren würde, und daß es daher besser sei, ihr jetzt wenigstens scheinbar nachzugeben.

Ich will darüber mit Fräulein van der Maar reden, sagte sie daher, Du wirst es gerechtfertigt finden, daß ich mich gegen diese offen ausspreche. Gegen sie hegst Du hoffentlich keinen so unbegründeten Verdacht und bei der großen Zuneigung, welche sie für Dich hat, sowie bei der Offenheit ihres Charakters, wird sie keinen Anstand nehmen, frei und ohne Rückhalt sich gegen mich auszusprechen.

Mit der van der Maar willst Du reden? fragte Alice mehr vor sich selbst hin — wenn Du immer noch zweifelst, so thue es, obgleich Du Dir und mir diese neue Demüthigung ersparen könntest.

Noch lange floh heute der Schlaf die Augen der um das Wohl ihrer Tochter plötzlich besorgt gewordenen Frau. Sie konnte sich der Erwägung nicht verschließen, daß diese so ungewöhnliche leidenschaftliche Aufregung einen tieferen Grund habe, als das in der letzten Zeit allerdings mehr zurückgezogene, aber sonst in jeder Weise der Form nach höfliche und achtungsvolle Benehmen des Grafen. Wenn wirklich, wie sie jetzt zu fürchten anfing, eine Neigung zu diesem Manne in dem Herzen ihrer Tochter entstanden, oder im Entstehen begriffen wäre, eine Neigung, würde in ihrer Vorstellung ganz außer der Möglichkeit gelegen hatte, so wäre es allerdings rathsam, es würde sogar geboten gewesen sein, sie sobald als möglich dieser Verirrung zu entziehen, und sie den Einflüssen zu entheben, welche sie herbeigeführt. Wie immer in solchen Stunden, unterwarf sie nun alle Einzelnheiten der letzten Vergangenheit einer sorgfältigen Prüfung, und machte sich dann Vorwürfe, daß sie dies nicht früher gethan, und Manches als harmlos und gleichgiltig angesehen und zugelassen habe, was ihr jetzt mit einem Male in einem anderen, vielleicht ebenfalls wieder in einem unrichtigen Lichte erschien. Je länger sie nachdachte und grübelte, je mehr steigerte sich ihre Unruhe, und sie kam endlich zu dem Beschluß, ohne Rückhalt mit der van der Maar zu reden und ihr auch die eigenen Befürchtungen und Sorgen nicht vorzuenthalten. Die letzten Monate hatten beide sich nahe gebracht und ein Vertrauen zwischen ihnen erzeugt, welches sowohl auf gegenseitiger Achtung, als auf der Uebereinstimmung ihrer Ansichten über die wichtigsten Fragen des Lebens beruhte.

Es war wieder eine Woche vergangen. Die Frau Norden hatte ihren Vorsatz ausgeführt und mit der van der Maar eine lange Unterredung gehabt, dann ihrer Tochter mitgetheilt, daß diese zwar die ihr gemachten Voraussetzungen nicht anerkenne, vielmehr in des Grafen Benehmen nichts Außergewöhnliches finde, sondern nur den Ausdruck des ihm eigenen launischen und verbitterten Wesens, daß sie es aber, sofern Alice sich dadurch persönlich gekränkt fühle, in ihrem eigenen Interesse für angemessen halte, Arnstein wieder zu verlassen, nicht plötzlich und in einer die besondere Veranlassung kennzeichnenden Weise, sondern unter irgend einem leicht zu findenden und zu vermittelnden Vorwande.

Alice hatte diese Mittheilung in angstvoller Spannung angehört. Es schien fast, als ob sie eine andere erwartet habe, denn sie war bleich geworden und hatte sich dann eilig entfernt. Kein Laut der Freude über die Willfahrung ihres Wunsches war ihren fest zusammengepreßten Lippen entflohen. Seit jenem Tage schweigsam und still für sich, erwähnte sie nicht mehr jenes so leidenschaftlich ausgesprochenen Verlangens. Abends schützte sie gewöhnlich Müdigkeit vor und verließ dann, nachdem sie den Thee bereitet, das gemeinsame Zimmer, die beiden älteren Frauen ihren eigenen Betrachtungen überlassend. Eines Abends trat Hugo unerwartet ein, Alice war schon fort und ihre Mutter im Begriffe aufzubrechen, weil sie es im Einverständniß mit der van der Maar für angemessen hielt, Alice nicht ihren einsamen Gedanken zu überlassen.

Sie wollen fort? fragte Hugo mit sichtlicher Ueberraschung, so früh?

Meine Tochter ist nicht ganz wohl, erwiderte Alicens Mutter, Sie werden daher entschuldigen, Herr Graf, daß ich sie nicht allein lasse.

Fräulein Alice ist krank? doch nicht ernstlich? doch nicht bedenklich?

Nur eine leichte Erkältung, die hoffentlich bald vorübergehen wird.

So gehen Sie, gehen Sie, sagte er hastig; lassen Sie sich durch meine Gegenwart keinen Augenblick länger abhalten.

Als die Frau Norden sich entfernt hatte, setzte er sich nieder, der van der Maar gegenüber, und verharrte längere Zeit in ernstem, nachdenklichem Schweigen, welches von dieser in keiner Weise unterbrochen wurde.

Es ist recht lange her, sagte er dann, aus seinen Gedanken auffahrend und zerstreut, daß wir Beide ungestört mit einander geplaudert haben.

Ja, es ist lange her, erwiederte sie, obgleich der Weg von Ihnen zu mir sich nicht verlängert hat.

Ich war in der letzten Zeit sehr beschäftigt.

Das habe ich nicht nur bemerkt, sondern auch empfunden.

Empfunden? In welcher Weise?

Wie Sie wohl selbst wissen in keiner angenehmen, und ich nicht allein.

Was wollen Sie damit sagen? fragte er nicht ohne Verlegenheit.

Was ich damit sagen will? erwiederte sie, ihn fest ansehend; sind wir Beide uns denn wirklich fremd geworden, daß Sie mich nicht verstehen, lieber Hugo?

Nein, ich verstehe Sie wirklich nicht.

Das ist sehr schmerzlich für mich, weil es mich erkennen läßt, daß Sie mir Ihr Vertrauen entzogen haben.

Wie kommen Sie zu einer so ganz unbegründeten Voraussetzung?

Nun, lassen wir das, lieber Hugo, sagte sie, während ihre klaren, milden Augen forschend auf ihm ruhten; die Zeit klärt Alles, wenn auch in verschiedener Weise, aufbauend oder zerstörend, und häufig lernen wir den Werth einer Sache erst kennen durch ihren Verlust.

Das liegt in der Unvollkommenheit der menschlichen Natur, deren höchste und zugleich traurigste Begabung in der Erkenntniß dieser Unvollkommenheit besteht.

Mit solchen Anschauungen zerstört man alle Blüthen des Lebens, verwandelt den Sonnenschein in trübe Dämmerung, und versündigt sich gegen Gott, der uns die Empfänglichkeit für Alles in so reichem Maße um uns sprossende Gute und Schöne in die Seele gelegt. Wir haben ja schon oft darüber geredet, und ich glaubte Sie von dieser ihrem wirklichen Wesen nur angekränkelten Ueberzeugung geheilt.

Dennoch scheint es ein chronisches Uebel zu sein.

Mögen Sie das mit sich selbst ausmachen, sagte sie mit einem Seufzer, ich muß und werde es dulden, wenn auch mit dem unablässigen Bemühen, es zu ändern.

Ich weiß, daß Sie mich lieben, erwiderte er plötzlich mit leidenschaftlicher Heftigkeit ihre Hand ergreifend, Sie müssen Nachsicht mit mir haben — so viel ich es vermag, will ich Ihnen folgen, Sie müssen sich vor allen Dingen meinetwegen keine Sorgen machen.

Sie sind seit einiger Zeit sehr verändert, auffällig verändert, sagte sie nach einem längeren Schweigen; ich habe viel hin und hergedacht, um die Ursache davon aufzufinden, aber es ist mir nicht gelungen. Eine äußere Veranlassung liegt nicht vor, sie würden mir dieselbe mitgetheilt haben, — das Einzige wäre die Anwesenheit der Fremden, setzte sie zögernd hinzu.

Welchen thörichten Grübeleien geben Sie sich hin, rief er hastig und bestürzt.

Ich bin auch selbst nicht darauf gekommen, fuhr sie fort, ohne auf seine Bemerkung zu achten, denn ich wüßte nicht, was Sie an dem Benehmen sowohl der Frau Norden, als ihrer Tochter aussetzen könnten, sie haben bei Weitem meine Erwartungen übertroffen und es würde schmerzvoll für mich sein, sie wieder scheiden zu sehen.

Scheiden? wiederholte er mit unsicherer Stimme, während seine Blicke mit gespannter Erwartung an den ihrigen hafteten, wie kommen Sie zu der Annahme einer solchen Möglichkeit?

Ich rede nicht von einer Möglichkeit, lieber Hugo, sondern von einer nahe bevorstehenden Thatsache, sagte sie mit sanfter und trauriger Stimme, die Frau Norden hat mir mitgetheilt, daß sie mit ihrer Tochter Arnstein wieder verlassen wollen, sobald das Wetter günstiger wird, und sich eine passende Gelegenheit dazu findet.

Arnstein verlassen, rief er erbleichend und bestürzt aufspringend, wie wäre das möglich? Weshalb? Sie haben ihr aber diese ganz unzulässige Idee ausgeredet? Nicht wahr, Tante van der Maar, das haben Sie gethan?

Wir, die Frau Norden und ich haben lange und öfter darüber gesprochen, fuhr die van der Maar fort, und obgleich ich anfangs anderer Ansicht war, obgleich es, wie gesagt, für mich sehr schmerzlich sein wird, sie zu verlieren, so habe ich ihr doch schließlich Recht geben müssen.

Recht geben müssen? wiederholte er zusammenzuckend, mit tonloser Stimme.

Der Wunsch, Arnstein zu verlassen, geht nicht von der Frau Norden, sondern von ihrer Tochter aus —

Von Alice!

Sie glaubt in Ihrem Benehmen gegen sie den unverholen dargelegten Ausdruck entschiedener Abneigung zu erblicken, einer Abneigung, welche so stark ist, daß sie überall, selbst in der äußeren Umgangsform zu Tage tritt. — Ich konnte nicht widersprechen, fuhr sie nach einiger Zeit fort, während er bleich mit gesenkten Blicken da saß — ich besitze nicht mehr die Fähigkeit, mich in die Gefühle und Anschauungen eines jungen unschuldigen Mädchens zu versetzen — es ist Manches, was außer meiner Beurtheilung liegt, — auch Ihre Auffassung ist mir in dieser Beziehung fremd, so wie Ihr Benehmen räthselhaft geworden. — Sie müssen das selbst fühlen und anerkennen. Ich bin zu wenig selbstsüchtig als daß ich Alicen hätte zureden können, in einem Zustande zu verharren, welcher nach ihrer Empfindung für sie kränkend und niederdrückend ist, — ich habe daher ihren Vorsatz nicht mißbilligen können.

Längere Zeit nachdem die van der Maar diese Worte gesprochen, saßen sich Beide stumm gegenüber. Er bleich und rasch athmend vor sich hinstarrend, sie ihn mit liebevoller Theilnahme beobachtend.

Dann stand er auf, küßte ihre Hand wie sonst, ohne sie dabei anzusehen, sprach mit leiser Stimme „Gute Nacht" und verließ dann langsam, ohne noch ein anderes Wort zu reden, das Zimmer.

(Fortsetzung folgt).

[Nicolaus v. Dreyse.] Am 10. Abend verstarb, wie bereits telegr. gemeldet, zu Sömmerda Nicolaus v. Dreyse, der berühmte Erfinder unseres Zündnadelgewehres. Sein Name wird immerdar in der preußischen Geschichte einen ehrenvollen Platz behaupten, da er mit Recht oder Unrecht als einer der Urheber der großen Erfolge des Jahres 1866 gilt. Aber auch im gewerblichen Leben nahm er eine hervorragende Stellung, die eines Mannes ein, der durch eigenes Verdienst, Intelligenz und Energie sich aus den untersten Schichten des Volkes zu einer hochgeachteten und einflußreichen Stellung emporgearbeitet hatte. Er war am 20. November 1787 zu Sömmerda geboren, hat mithin das hohe Alter von 80 Jahren erreicht. Sein Sohn, Commissionsrath Franz v. Dreyse, leitet schon seit langer Zeit als Betriebsdirector die väterliche Fabrik.

Hamburg, 11. Dec. [Verkehr.] Die Elbe ist voll Treibeis, Segelschiffe können nur mit Hilfe von Dampfern passiren. Nach einer Bekanntmachung der Hamburg-Amerikanischen Packetschifffahrts-Gesellschaft hat der Dampfer „Cimbria" nach Ausbesserung der beschädigten Schraube schon heute die Reise nach New-York fortgesetzt.

Dresden, 11. Dec. [Verkehrsstörung.] Auf der Leipzig-Dresdner Bahn ist in Folge starken Schneetreibens eine völlige Unterbrechung des Verkehrs eingetreten, welche von gestern Abend bis heute Mittag währte. Auch von Chemnitz und Berlin waren aus demselben Grunde die in letzter Nacht fälligen Züge bis Mittag hier noch nicht eingetroffen.

München, 11. Dec. [Die Militär-Conferenz.] An unterrichteter Stelle wird die von mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, auf der hiesigen Militär-Conferenz sei der feste Entschluß ausgesprochen worden, im Falle eines Krieges mit Frankreich einmüthig zu Preußen zu stehen, unter der Hinweisung für durchaus unbegründet erklärt, daß die Conferenz keinen Anlaß gehabt hat, sich mit einer derartigen Frage zu beschäftigen.

Oesterreich.

Wien, 11. Decbr. [In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses] fand die General-Debatte über den Gesetzentwurf bezüglich des financiellen Ausgleichs mit Ungarn statt. Abg. Herbst vertheidigte die Anträge der Majorität und vertheidigte das Interesse der Staatsgläubiger. Nach einigen Bemerkungen des Abg. Skene und mehrerer anderer Redner ergriff der Finanzminister das Wort, um den von ihm ausgeübten Einfluß bei den Ausgleichsverhandlungen nachzuweisen. Nach dem Zustandekommen des Ausgleiches, erklärte der Minister, werde für die diesseitige Reichshälfte ein eigenes Ministerium ernannt werden. Den zusammentretenden Delegationen solle das Budget vorgelegt werden. Das cisleithanische Budget für 1868 sei auf 248 Millionen Ausgaben und 195 Mill. Einnahmen berechnet, ergebe mithin ein Deficit von 53 Millionen. Die jetzige Leistung Ungarns betrage 56, die früheren nicht über 54 Millionen. Die versprochene Summe werde aber sicher eingehen. Die Finanzwelt begrüße den Ausgleich mit Freuden, was aus den Courssteigerungen für Staatspapiere sich ergebe. Die Kapitalien wenden sich wieder Eisenbahn-Unternehmnngen zu. Der wahre Stand der Dinge sei nicht so schwarz, als man annehme. Die direkten Steuern weisen eine Mehreinnahme von 2,700,000, die indirekten eine Mehreinnahme von 3,500,000 Fl. über den Voranschlag auf; im Ganzen seien 21 Millionen mehr eingegangen, als im vorigen Jahre. Es sei schwer mit völliger Bestimmtheit zu sagen, daß eine Rettung noch möglich sei, vor der Hand sei aber immer noch Zeit, auf Abhülfe zu denken. Welche Maßregel die Regierung auch immer vorschlagen werde, ein Staatsbankerott werde es nicht sein. Der Minister schließt mit der Nachweisung, daß die Einnahmequellen noch einer bedeutenden Steigerung fähig sind.

Telegraphische Witterungsberichte vom 11. December.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	324,1	—2,4	SO., mäß.	Bed., Nachts Schnee.
7	Königsberg	323,3	1,0	SW., stark.	Bedeckt, Regen.
6	Stettin	328,0	1,4	WNW., mäßig.	Heiter.
—	Ratibor	323,0	—3,4	SW., s. stark.	Schnee.
—	Münster	332,2	2,8	SW., schwach.	Zieml. heiter.
—	Trier	331,2	—2,5	S., schwach.	Neblig.
—	Flensburg	331,7	—2,0	NW., stark.	Heiter.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	327,2	—13,9	N., schwach.	Bedeckt.
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	327,0	—2,9	NNW., schw.	Bedeckt, Schnee.*)
—	Skudesnäs	332,6	3,2	N., frisch.	Bewölkt.

*) Gestern Abend ONO. schwach. Maxim. —1,6. Minim. —7,8.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 11. Decbr. 10 U. Ab.	325,18	+0,1	W. 3.	Ueberwölkt.
12. Decbr. 6 U. Mrg.	321,53	+1,6	W. 4.	Bedeckt, Regen.

Breslau, 12. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 8 Z. U.-P. 1 F. 3 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 11. Decbr. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die gestern begonnene Debatte ohne erheblichen Zwischenfall fortgesetzt. Massari hält eine Führung der Linken nicht für geeignet, um nach Rom zu gelangen. Crispi dementirt die ihm zur Last gelegte Abschreibung einer angeblichen Depesche Rattazzi's, des Inhalts, Garibaldi passiren zu lassen. Ferrari erklärt, die conservative Partei habe Rattazzi in keiner Weise ermuthigt, nach Rom zu gehen. Das Programm Garibaldi's sei das alte Programm Ricasoli's.

Italienische Rente 51, 45, Napoleons 22, 38.

Paris, 11. December. „Patrie" versichert, daß der Referent der Militär-Commission des gesetzgebenden Körpers, Greffier, am nächsten Donnerstag seinen Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Armeereorganisation der Kammer vorlegen werde.

Dasselbe Blatt glaubt auf Grund Florentiner Depeschen zu der Annahme berechtigt zu sein, die italienische Deputirtenkammer werde in der Abstimmung über die Interpellationen motivirte Tagesordnung annehmen, durch welche die Wiederholung des Beschlusses vom 20. März 1861, welcher Rom zur Hauptstadt Italiens proklamirte, vermieden werde.

Belgrad, 10. December. Nicola Krstic, Mitglied des Cassationshofes, ist dem Vernehmen nach zum diplomatischen Agenten Serbiens in Konstantinopel bestimmt. Die Ausführung des Projectes einer Eisenbahn zwischen Basiasch und Belgrad ist angeblich wegen ungenügender Garantie Seitens der serbischen Regierung gescheitert.

Petersburg, 11. Decbr. Die amtliche „Militärzeitung" meldet, daß der Kaiser definitiv die Einführung des Zündnadelgewehres nach dem Carl'schen System anbefohlen habe. Die Staats- und Privat-Gewehrfabriken sind schon angestrengt mit der Anfertigung der neuen Gewehre beschäftigt.

Der Kaiser hat ferner verfügt, daß der neue Zolltarif erst vom 1. Januar 1869 ab einzuführen sei.

Petersburg, 11. December. Die „Börsen-Zeitung" meldet, daß die Katholiken Jerusalems das an der Kirche des heiligen Grabes anliegende, früher im Besitze von Türken befindliche Haus gekauft und von dort einen direkten Gang nach der jetzt reparirten Kuppel der Kirche errichtet haben. Die „Börsenzeitung" meint, eine solche Handlungsweise stehe im directen Widerspruche zu dem zwischen Rußland, Frankreich und der Türkei abgeschlossenen Tractate, kraft dessen die Kuppel der Kirche in ihrer früheren Gestalt restaurirt worden ist und der Zutritt zu derselben Denjenigen zusteht, die ihn früher hatten. (T. B. f. N.)

Rom, 9. December. Gestern hatte der Papst, als er die Messe in der Sixtinischen Kapelle abhielt, eine leichte Anwandlung von Ohnmacht. — Zahlreich besuchte Versammluugen bourbonischer Parteigänger haben in dem Palast Farnese unter dem Vorsitze des Marquis Alloa stattgefungen (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 11. Decbr., Nachm. 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 60. Italien. 5proc. Rente 45, 95. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 511, 25. Credit-Mobil.-Actien 175, —. Lomb. Eisenbahn-Actien 358, 75. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 327, 50. 6% Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungest.) —.

London, 11. Decbr., Nachm. 3 Uhr. Aus der Bank sind 30,000 Pfd. St. geflossen. Schluß-Course: Consols 92 15/16. 1proc. Spanier 35 13/16. Italienische 5proc. Rente 45 11/16. Lombarden 14¼. Mexicaner 15⅝. 5% Russen 86¼. Neue Russen 85. Silber 60 7/16. Türkische Anleihe von 1865 33⅝. 6% Ver.-St.-Anl. pro 1882 71 9/16.

London, 11. Decbr., Abends. Regenwetter. Reis ruhig. Zucker-Geschäft lebhaft zu vollen Preisen. Rosinen-Auction schleppend. Bei der ostindischen Indigo-Auction wurden 4—6 Perce höhere Preise erzielt.

Frankfurt a. M., 11. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 97⅞. Oesterreich. 5% Anleihe von 1859 60⅝. Oesterreichische National-Anleihe 53⅝. 5% Metalliques —. Oesterr. 5% steuerfr. Anleihe 48¾. 4½% Metalliques 40⅞. Finnländ. Anleihe —. Neue Finnländische 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76¼. Oesterreich. Bank-Antheile 659. Oesterr. Credit-Actien 179. Darmstädter Bank-Actien 201. Rhein-Nahebahn —. Meininger Credit-Actien 92¼. Oesterr.-Franz.-Staatsbahn 237. Oesterreichische Elisabethbahn 113½. Böhmische Westbahn — —. Ludwigshafen-Bexbach 153½. Hessische Ludwigsbahn 127½. Darmstädter Zettelbank 245½. Kurhessische Loose 53¼. Baierische Prämien-Anleihe 98¾. Neue Badische Prämien-Anleihe 96. Badische Loose 51. 1854er Loose 63. 1860er Loose 69⅝. 1864er Loose 73¾. Neue Spanier —. Ziemlich fest. Nach Schluß der Börse Creditactien 178¾. Staatsbahn 236. Flau.

Frankfurt a. M., 11. December, Abends. [Effecten-Societät.] Sehr geringes Geschäft. Amerikaner 76⅞. Credit-Actien 178⅞. Steuerfreie Anleihe 48¾. 1860er Loose 69¾. Staatsbahn 236¼.

Wien, 11. December. [Abendbörse.] Credit-Actien 184, 50. Nordbahn 170, 50. 1860er Loose 83, 30. 1864er Loose 75, 90. Böhmische Westbahn —, —. Franz-Josephs-Bahn —, —. Staatsbahn 242, 30. Galizier 205, 00. Steuerfreies Anlehen —, —. Napoleonsd'or 9, 70. Lombarden 172, 75. Ungar. Credit-Actien —, —. Günstig. außer für Staatsbahn.

Hamburg, 11. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84⅜. National-Anleihe 54¼. Oesterreich. Credit-Actien 75⅞. Oesterreich. 1860er Loose 69. Staatsbahn 497½. Lombarden 358 à 356. Italienische Rente 43⅜. Vereinsbank 110⅝. Norddeutsche Bank 118¾. Rheinische Bahn 118¼. Nordbahn 95¾. Altona-Kiel 128. Finnländ. Anleihe 81. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 97¾. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 92¼. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69½. Disconto 3%.

Hamburg, 11. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco trotz mangelnder Schiffsgelegenheit fest. Weizen per Decbr. 5400 Pfd. Netto 169 Bankothaler Br., 168 Gld., per Decbr.-Jan. 168½ Br., 168 Gld., pr. Frühjahr 170 Br., 169 Gld. Roggen pr. Decbr. 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gld., pr. Decbr.-Jan. 136 Br., 135 Gd., pr. Frühjahr 134 Br., 133 Gld. Hafer fester. Rüböl fest, loco 22⅜, pr. Mai 23½. Spiritus stille. Kaffee und Zink geschäftslos — Thauwetter.

Liverpool, 11. December, Mittags. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Weichend. New-Orleans 7⅞. Georgia 7⅝. Fair Dhollerah 6. Middling fair Dhollerah 5⅝. Good middling Dhollerah 5¼. Bengal 4¾. Good fair Bengal 5⅛. Fine Bengal —. New fair Domra 5⅞. Fair Domra —. Good fair Domra 6¼. Pernam 8. Egyptian —. Smyrna —. Schwimmende Orleans —.

London, 11. December, Mittags. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 30,840, Gerste 6970, Hafer 37,530 Quarters. — Starker amerikanischer Import. — Fremder Weizen ruhig, beste Qualität zu unveränderten Preisen. Gerste und Hafer fest. — Wetter feucht.

London, 11. December, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Gesammt-Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 21,350, Gerste 8110, Hafer 37,740 Quarters. Weizen sehr ruhig, zu Montagspreisen nominell. Gerste und Hafer ruhig, unverändert. Talg 42½. — Wetter feucht.

Amsterdam, 10. December, Nachm. 4 Uhr 28 Min. Getreide geschäftslos bei unveränderter Stimmung. Raps flau.

Berlin, 11. Decbr. Die günstigen Pariser Notirungen wirkten auf die Stimmung befestigend, ohne daß der entgegengesetzten Richtung der Wiener Börse sonderlich Rechnung getragen wurde. In Bezug auf die politischen Eventualitäten entschlägt sich die Börse augenblicklich jedes Raisonnements und verharrt nur bei der mehrfach von uns geschilderten Reserve. Der Speculationsmarkt war verhältnißmäßig am belebtesten, besonders fanden Lombarden bei steigenden Coursen Beachtung, doch trat auch für Franzosen bei ziemlichen Umsätzen eine Reprise ein; Galizier handelte man wie gestern, pr. Ultimo ¼ unter Cassacours, zu 86. Auch österr. Credit erzielte die besseren Preise des Vortages. Italiener folgten den Pariser Notirungen, indem sie um ⅜ anzogen, nur auf Amerikaner wirkte die niedrigere Newyorker Goldnotirung recht befestigend. Oesterreichische wie russische Staatspapiere bedangen mehrfach bessere Preise, von letzteren waren heute die 1864er wie 1866er holländischen Anleihen beliebt, auch die deutschen Prämien-Anleihen waren, baierische höher, verkäuflich. Rumänen 63⅞ bez. Am Eisenbahnmarkte gingen besonders Mecklenb. rege um, wobei sich deren Coursstand um 1 % hob, auch Mainzer und Köln-Mind. zogen an, Rhein. nahm man mehrfach etwas über letzter Notiz. Niedriger waren eigentlich nur Anhalter und Rhein-Nahe. Die letzthin verbreiteten Gerüchte über die Rhein-Nahebahn erweisen sich jetzt als ein Manöver, zu dessen Durchführung Telegramme mit falschen Unterschriften versehen, vom Rheine nach hier gesandt wurden. — (Eine weitere Erklärung giebt in der heutigen Zeitung das Wolff'sche Telegr. Bureau.) Man suchte indeß hier noch nach Kräften den Cours zu stützen, wodurch einem stärkeren Rückgange vorgebeugt wurde. Unter den Bank'n handelte man von Disconto-Commandit Mehreres abermals theurer, auch Berliner Handel und Magdeburger stiegen, Genfer drückten sich. Prioritäten, auch Pfand- und Rentenbriefe waren wenig beachtet. Preußische Staatspapiere, mit Ausnahme der 4½ % Anleihe, preishaltend bei schwachem Geschäft. Disconto für erste Wechsel 2⅝—2½. — Prämie für Amerikaner p. ult. December 77½—½, p. ult. Januar 1868 77½—1. (B.- u. H.-Z.)

\# **Breslau**, 12. December. Am heutigen Markte zeigte sich die Kauflust sehr ruhig und waren Preise ohne bemerkenswerthe Aenderung.

Weizen schwach beachtet, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 100—113 Sgr., gelber 101—111 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen preishaltend, pr. 84 Pfund 85—88 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste matt, pr. 74 Pfd. gelbe 55—57 Sgr., helle 59—61 Sgr., weiße 64—65 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer ruhig pr. 50 Pfd. 36—37 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen offerirt. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfund 60 bis 63 Sgr. — Oelsaaten preishaltend. — Lupinen mehr angeboten, pr. 90 Pfd. gelbe 44—48 Sgr., blaue 42—45 Sgr. — Bohnen behauptet, pr. 90 Pfd. 85—100 Sgr. — Schlaglein mehr Frage. — Rapskuchen gute Kauflust, 64 bis 67 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	101—109—114	Schlag-Leinsaat	180—194—203
Gelber Weizen	101—107—111	Winter-Raps	190—192—202
Roggen	86—87—88	Winter-Rübsen	176—186—190
Gerste	54—60—65	Sommer-Rübsen	158—168—178
Hafer	35—36—37	Leindotter	158—168—174
Erbsen	72—75—80		

Kleesaat, rothe wenig zugeführt, 13½—14½—15½ Thlr. pr. Ctr., weiße ohne Angebot, 19—20 Thlr. pr. Ctr., hochfein über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 9—10—10½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Berliner Börse vom 11. December 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	97 G.
Staats-Anl. von 1859	5	103¼ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	96⅞ bz.
dito 1859	4½	96⅞ bz.
dito 1856	4½	96⅞ bz.
dito 1864	4½	96⅞ bz.
dito 1867	4½	96⅞ bz.
dito 1850/52	4	90½ bz.
dito 1853	4	90½ bz.
dito 1862	4	90½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	116½ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97¼ B.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	76 bz.
Pfandbriefe: Pommersche	3½	75¼ bz.
Pfandbriefe: Posensche	4	— — —
Pfandbriefe: dito	3½	— — —
Pfandbriefe: dito neue	4	85¼ G.
Pfandbriefe: Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	90½ bz.
Rentenbriefe: Pommersche	4	90¼ G.
Rentenbriefe: Posensche	4	89⅞ bz.
Rentenbriefe: Preussische	4	89⅞ B.
Rentenbriefe: Westph. u. Rhein.	4	92½ B.
Rentenbriefe: Sächsische	4	91¾ bz.
Rentenbriefe: Schlesische	4	90⅞ bz.
Louisd'or 112¼ G.	Oest. Bk.	84¼ bz.
Goldkr. 9. 9¾ G.	Poln. Bkn.	— — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48 bz. u. G.
dito Nat.-Anl.	5	55¼ bz. u. G.
dito Lot.-A. v. 60	5	69⅞ bz.
dito dito 64	—	42½ bz. u. B.
dito 54er Pr.-A.	4	63¼ G.
dito Eisenb.-L.	—	72¾ bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	44⅛ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85⅜ bz.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63¾ G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57½ B.
Liqu. Pfandbr.	4	48⅛ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	94½ bz.
dito à 300 Fl.	5	91¾ G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53¼ G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29¼ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅞ à 77 bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	93½ B.
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77½ bz.
Cöln-Minden	4½	96¾ B.
dito II.	5	102¾ B.
dito	4	84 G.
dito III.	4	83¼ B.
dito	4½	94½ B.
dito IV.	4	83⅝ bz.
dito V.	4	83¼ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	85¼ G
Gal. Ludwigsb.	5	81 G. u. 76 B.
Niederschl.-Märk.	4	87 G.
dito conv.	4	87 G.
dito III.	4	84¼ etw. bz.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99½ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77¾ G
dito C.	4	— — —
dito D.	4	— — —
dito E.	3½	77¼ G.
dito F.	4½	93½ G.
dito G.	4½	— — —
Oest.-Franz.	3	254½ bz.
Oest. südl. St.-B.	3	215½ bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	86¼ G.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	83⅝ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865	1866		
Aachen-Mastrich	—	—	4	28⅜ bz. u. G.
Amsterd.-Rottd.	7¼	4⅝	4	103¼ bz.
Berg.-Märkische	9	8¼	4	139½ bz.
Berlin-Anhalt	13	16	4	222¾ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	78⅞ bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	162 G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	220 bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	136¼ bz.
Böhm.-Westb.	—	—	5	61¾ bz. u. G.
Breslau-Freib.	9	9⅛	4	125⅜ B.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	143 bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2½	4	75½ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85¼ B.
dito dito	—	5	5	90½ bz.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	86¼ bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅗	4	154 G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	188 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	260¾ etw. bz.
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	127½ bz.
Mecklenburger	3	3	4	76 bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	93 bz.
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88¼ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅓	5	4	76 B.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	96⅜ bz.
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	199½ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	179¼ bz.
dito C.	11⅔	12	3½	199½ bz. [bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	135¼ à 34¾ à 35⅛
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	96⅜ à ⅝ à ⅞ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73¼ B.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73⅝ bz.
R. Oderuf. St.-Pr.	—	—	5	86½ bz.
Rheinische	7	—	4	119¼ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	28½ à ⅝ à ⅞ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ bz.
Thüringer	—	—	4	131 bz.
Warschau-Wien	8½	—	5	61⅛ bz. u. B.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162½ G.
Braunschw. B.	—	0	4	94½ B.
Bremer Bank	6½	8	4	117 etw. bz.
Danziger Bank	7 8/10	8	4	112¼ etw. bz.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	98¾ G.
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	101¾ B.
Gothaer „	7½	5	4	91 B.
Hannoversche B.	4	5⅛	4	78¼ G.
Hamb. Nordd. B.	9	8⅛	4	116⅜ G.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 9/16	4	111 G.
Königsberger B.	6⅛	7 7/10	4	112 G.
Luxemburger B.	6	6	4	80¼ etw. bz.
Magdeburger B.	5½	5	4	88½ G.
Posener Bank	6½	7½	4	101 G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	155 G.
Thüringer Bank	4	4	4	65 G.
Weimar „	6½	4¼	4	81 etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	112 bz. u. G.
Coburg Credb. A.	8¼	4	4	71½ G.
Darmstädter „	6½	4½	4	80⅞ etw. bz.
Dessauer	—	0	—	2¼ G.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	111½ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	23¾ etw. bz.
Leipziger „	4	—	4	84¼ G.
Meininger „	7	—	4	92¼ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	13⅞ etw. bz.
Oesterr. Credb. A.	4½	—	5	76⅝ à ⅝ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	113½ G.
Minerva	1	—	5	28¾ G.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	139 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T	142⅞ bz.
dito dito	2 M.	142⅜ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151¾ bz.
dito dito	2 M.	151 bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 24⅜ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81 5/12 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	83¾ bz.
dito	2 M.	83⅛ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M	56. 24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T	99⅝ G.
dito dito	2 M	99⅜ G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M	56. 26 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W	92⅜ bz.
dito dito	3 M	91 bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T	83⅞ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T	111¼ bz.

Berlin, 11. December. Weizen loco 86—104 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 77—80pfd. 74—75 Thlr. ab Bahn bez. — Rüböl loco festes 10⅚—13/24 Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 20⅚—½ Thlr. bez. und Br., 20⅚ Thlr. Gld., pro Dec. und Dec.-Jan. 20⅚—11/24—13/24 Thlr. bez. und Br., ½ Thlr. Gld., Jan.-Febr. — —, April-Mai 21⅚—5/24 Thlr. bez. und Br., ⅙ Thlr. Gld., Mai-Juni 21⅚—⅔ Thlr. bez.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.